



Kundmachung

über die in der 17. Sitzung der Gemeindevertretung am 15.12.2016 gefassten Beschlüsse

1. BESCHÄFTIGUNGSRAHMENPLAN 2017

Der Vorsitzende bringt den Entwurf des Beschäftigungsrahmenplanes 2017 für die Hoheits- und Nichthoheitsverwaltung auszugsweise und mit den wichtigsten Eckdaten und Änderungen zur Kenntnis.

Gemeinderätin Christine Bösch-Vetter stellt für die Grünen Fraktion den **Antrag**, die zusätzliche, befristete 50 %-Stelle der Flüchtlingskoordination wieder im Beschäftigungsrahmenplan 2017 aufzunehmen. Sie erklärt dazu, dass Lustenau bisher sehr gute Arbeit in der Flüchtlingsunterbringung geleistet habe, dass die große Integrationsarbeit aber erst noch auf die Gemeinde zu komme und dass es daher wichtig sei, diese Stelle zu 100 % zu besetzen.

Nach kurzer Diskussion lässt der Vorsitzende sodann über den Antrag von Gemeinderätin Christine Bösch-Vetter abstimmen und stellt **mehrheitliche Ablehnung** (Stimmverhältnis 6 : 30) fest.

Nach eingehender Diskussion lässt der Vorsitzende sodann über den von ihm vorgelegten Beschäftigungsrahmenplan abstimmen und stellt dessen **mehrstimmige Annahme** (Stimmverhältnis 32 : 4) fest.

2. BESCHLUSSFASSUNG DES VORANSCHLAGES 2017 DER MARKTGEMEIDE LUSTENAU

Bürgermeister **Dr. Kurt Fischer** trägt als Finanzreferent nachstehenden Generaldebattenbeitrag zum Voranschlag 2017 vor:

„Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Voranschlag 2017 – Rekordinvestitionen in unsere Gemeindeentwicklung

Letztes Jahr durfte ich an dieser Stelle einen Voranschlag mit Investitionen und Vermögenskäufen circa € 18,5 Mio präsentieren – ich sprach von einem außergewöhnlichen Budget. Man soll mit Superlativen im Bereich der Finanzpolitik besonders vorsichtig sein, aber heuer darf ich ein wahrliches Rekordbudget präsentieren, mit circa € 23,5 Mio für Investitionen und strategisch wichtige Grundstückskäufen.

Wir investieren schwerpunktmäßig in den Wirtschaftsstandort Lustenau, in die Sicherheit unserer Gemeinde und in unseren Bildungsstandort – auch wenn die Grünen wie schon im letzten Jahr das große zukünftige Bildungsprojekt Campus Rotkreuz als Feigenblatt dafür verwenden, dass sie in Lustenau das gemeinsam verhandelte Budget nicht mehr mittragen wollen – dafür haben ihre Kolleginnen und Kollegen im Land das Landesbudget mitzuverantworten, sicherlich eine wertvolle Erfahrung. Das Bild, das die Grünen auch heuer von der Lustenauer Bildungspolitik zeichnen werden, wird dieser in keinster Weise gerecht – und nicht einmal der isolierte Blick auf das Projekt Campus-Rotkreuz und die aktuelle Situation an der Volksschule Rotkreuz rechtfertigt diese Art der Kommunikation. Weil ich mir gerade im wichtigen Bereich der Bildung „üsr Luschnou nid schläocht reda lass“, werde ich mich in meinem heurigen Generaldebattenbeitrag besonders auf dieses Thema konzentrieren.

Investitionsschwerpunkt Bildung: Millioneninvestitionen in Schulen, Kindergärten, Kinderbetreuung ... und einzigartige Bildungsprojekte

Seit gut 16 Jahren darf ich politisch maßgeblich für die Bildungspolitik in Lustenau verantwortlich sein, 10 Jahre als Bildungsreferent, seit April 2010 als Bürgermeister. Gemeinsam mit dem früheren Bildungsreferent Ernst Hagen und der jetzigen Bildungsreferentin Doris Dobros und in enger Zusammenarbeit mit unserer Bildungsabteilung, unserem Bauamt und den PädagogInnen an den Lustenauer Kindergärten und Schulen haben wir vieles bewegt und auch in Zukunft vieles vor: ein neuer, äußerst gelungener Kindergarten im Rheindorf wurde gebaut, der alte Kindi zu einer Schülerbetreuung adaptiert, zur Zeit ist in unmittelbarer Nachbarschaft ein großes Projekt an der Volksschule Rheindorf in Umsetzung, wir schaffen neue Kinderbetreuungsgruppen Am Neuner und in der Büngenstraße, planen einen neuen großen Kindergarten im Hasenfeld – es wird der größte Kindi Lustenaus sein, wir schaffen Grundlagen für die dringend notwendige Erweiterung des Kindergartens Am Schlatt und für einen weiteren Kindergarten im Süden – auf Grundlage unserer aktuellen Kindergartenstudie. Im Zentrum (Volksschule Kirchdorf) und im Rotkreuz (SPZ) möchten wir noch bessere Rahmenbedingungen für die Mittagsbetreuung schaffen, die in Lustenau hervorragend angenommen wird. Auch für die Volksschule Rotkreuz sind im Voranschlag 2017 circa € 100.000,- für den Bereich Mittagsbetreuung und Investitionen in den Freiraum vorgesehen.

Da sich die politische Diskussion, insbesondere in der Budgetdebatte, vor allem um einmalige Investitionen dreht, auch im Bildungsbereich, kommen andere wesentliche Aspekte zu kurz. Lustenau fördert wie kaum eine andere Gemeinde Bildungsprojekte, stellt wie keine andere Gemeinde den Schulen pro SchülerIn autonome Mittel zur Verfügung, pro Klasse im Jahr je nach Größe € 800,- – € 1000,-. Und in einer im Land einzigartigen Zusammenarbeit mit unserer Musikschule bieten wir allen Volksschulkindern kostenlose musikalische Früherziehung an – eine wunderbares Angebot. Die wertvolle Erziehungsarbeit unserer Pädagoginnen und Pädagogen unterstützen wir mit Schulsozialarbeit und wir entlasten unsere engagierten Direktorinnen und Direktoren durch Schulsekretariate. Alles wunderbar, höre ich die Grünen sagen, aber ...

„Campus Rotkreuz“

Es war mir persönlich ein großes Anliegen, im Rotkreuz keine Schulsanierung im klassischen Sinn durchzuführen, sondern ein zukunftsweisendes Campusprojekt zu erarbeiten, im Wissen, dass eine solche Gesamtkonzeption entsprechend viel Zeit in der Planung und vor allem in der Realisierung große finanzielle Mittel benötigen wird. Ein überzeugendes pädagogisches Konzept liegt vor, jetzt geht es um eine Standortentscheidung und die bauliche Umsetzung – und um die Finanzierbarkeit.

Sieht man sich an, welche Projekte schon auf Schiene sind oder in Umsetzung, Feuerwehrhaus, Bahnhof neu, Volksschule Rheindorf, ein neuer großer Kindergarten im Hasenfeld, Erweiterung Kindergarten Am Schlatt ... dann wird verständlich, dass wir trotz einer gesunden finanziellen Grundlage nicht alles gleichzeitig schaffen können. Nach dem neuen Kindergarten im Hasenfeld, der ab 2018 um circa € 4,5 Mio realisiert werden soll, ist der Campus Rotkreuz nicht nur das nächste große Projekt im Bildungsbereich, sondern das mit Abstand größte Hochbauprojekt seit dem Bau des ReichshofsaaIs. Und ich bin mir sicher – trotz mancher unerfreulicher Begleittöne – das Projekt „würde a gfrüts Projekt.“

Zurück zur Gesamtbetrachtung des Voranschlags. Wer dieses riesige Investitionspaket deshalb nicht mitträgt, weil es zwar sehr vieles, aber nicht alles beinhaltet, der lässt auch heuer wieder ein Lied mitklingen – frei nach der Gruppe Queen: „I want it all and I want it now ...“ möglichst alles und möglichst alles gleich ... Im Gegensatz dazu werden wir – und das auch mit Recht – von allen Seiten hören, wie schwierig die finanzpolitischen Zeiten geworden sind und wie unsere Spielräume schwinden. Umso wichtiger ist es, dass wir auf Kurs bleiben. Wir wollen vieles erreichen, vieles planen und auch umsetzen – aber auf solider finanzieller Grundlage, möglichst viel aus eigener Kraft.

Wir lassen uns auf keine Abenteurer ein, denn im Wort steckt zu guter Letzt das Wort „teuer“ ... Wie teuer eine populistisch fehlgeleitete Finanzpolitik uns allen kommen kann, zeigt der Fall Kärnten eindrucksvoll – und weil diese vielen Milliarden, die dort verbubelt wurden, kaum vorstellbar sind, ein kleines Beispiel: Wenn wir nun das Projekt „Reichhofstadion“ starten, dann werden wir uns gemeinsam am Machbaren und Finanzierbaren orientieren und hoffen auf tatkräftige Unterstützung des Landes und auch der Bundesliga. Der jüngste Bericht des Rechnungshofs über das Wörthersee-Stadion zeigt, wie es leider auch gehen kann: € 95,8 Mio hat das Stadion gekostet, € 40 Mio kamen dabei vom Bund. Planloser Größenwahn auf Kosten der Steuerzahler, man darf sich nicht vorstellen, was an vielen anderen Standorten, auch bei uns in Lustenau, mit diesem Geld alles möglich gewesen wäre. Übrigens – das Wörtherseestadion hat im Gegensatz zum Reichhofstadion gar keinen Proficlub.

Aktive Bodenpolitik: Weitere sechs Millionen für den Kauf von strategisch wichtigen Grundstücken

Die Marktgemeinde Lustenau investiert heuer und im nächsten Jahr circa € 42 Mio, was besonders der lokalen und regionalen Wirtschaft zugute kommt. € 10 Mio werden wir für den Ankauf von Grundstücken strategisch wichtigen Grundstücken aufwenden, für Betriebsgrundstücke, für die Zentrumsentwicklung und auch für wichtige Bildungsprojekte der Zukunft.

In der Heitere konnten wir allein heuer nochmals über 1 ha Grundstücke kaufen, insgesamt besitzt die Gemeinde dort nun 90.000 m² – und ganz aktuell habe ich heute erfahren, dass nun vom Land endlich das Umlegungsverfahren eingeleitet wurde – ein wichtiger Schritt.

Die Vermögenswerte, die Lustenau in den letzten Jahren geschaffen hat, insbesondere die wertvollen Flächen in den Betriebsgebieten, werden in Zukunft ganz wesentlich für eine positive wirtschaftliche Entwicklung sein, die sich auch in unserer Finanzkraft widerspiegelt. So schaffen wir heute eine Grundlage für Investitionen von Morgen, insbesondere auch im Bildungsbereich.

Verkehr von Bahn bis Z

Wir investieren 2017 fast € 3 Mio in das neue Bahnprojek. Dieses Projekt ist im wahrsten Sinn des Wortes gut auf Schiene. Ein für unseren Wirtschafts- und Lebensraum Unteres Rheintal ganz entscheidendes Projekt, die Straßenverbindung in die Schweiz hat nun endlich in Wien eine erste wichtige Hürde genommen, auch wenn das Stimmverhalten des Vorarlberger Grünen im Nationalrat für mich sehr enttäuschend war. Hier zeichnet sich schon wieder eine Blockadehaltung ab – völlig gegen die Interessen unserer Gemeinde und der ganzen Region.

Aus Lustenauer Sicht bin ich froh, dass die Variante Z – also die Verbindung von Dornbirn Nord nach St. Margrethen – weiterverfolgt wird. Sie bringt als wesentlichen Teil einer Gesamtlösung eine hohe Entlastung für Lustenau und hat große Vorteile gegenüber der Variante CP am östlichen Siedlungsrand von Lustenau, nicht zuletzt deshalb, weil bei der Z-Variante das Ried praktisch autofrei würde. Jetzt braucht es ein klares Zeichen aus dem Land, aus der Region und insbesondere aus Lustenau für die Z-Variante – es gibt keine echte und ehrliche Alternative dazu.

Verantwortung für die Menschen – dankbar für Menschen, die Verantwortung übernehmen

Der Blick auf Investitionssummen, die Auflistung von Projekten und Vermögenswerten, kann den Blick leicht verstellen für den wohl größten Schatz unserer Gemeinde, das sind unsere Bürgerinnen und Bürger und ihr Engagement für unser Lustenau. Das starke soziale Netz, das Vereine und die vielen ehrenamtlich tätigen Menschen in Lustenau schaffen, sind wichtig für den sozialen Zusammenhalt und die Identifikation mit unserer Heimatgemeinde. Durch dieses großartige Engagement finden sich auch Menschen, die neu in Lustenau sind, schneller zurecht und fühlen sich angenommen und heimisch. Für mich sind unsere Vereinsförderungen eine wichtige Investition in die Zukunft unserer Gemeinde. Diese Förderungen spielen in Budgetdebatten meist keine Rolle, sie sind aber in der in Lustenau gelebten Form keineswegs selbstverständlich, machen sich aber vielfach bezahlt. Vereine sind ein wertvoller Begegnungsort. Nicht nur Kinder und Jugendliche werden in ihrer Persönlichkeitsentwicklung gefördert und finden in der Vereinsfamilie ein Stück Identität und Heimat.

Freiwillig für unsere Sicherheit

Eine besondere Rolle kommt den Menschen zu, die sich für unsere Sicherheit einsetzen.

Wir können als Gemeinde einen wichtigen Beitrag für ihre Arbeitsbedingungen leisten, nach dem Roten Kreuz im Schützengarten erhält nun unsere Feuerwehr in der Neudorfstraße optimale Bedingungen und wir als Gemeinde eine wichtige Katastropheneinsatzzentrale, Diese Funktion des neuen Hauses werden wir hoffentlich auch in weiterer Zukunft nur in Übungen erleben. Wir brauchen jedenfalls dringend einen erhöhten Hochwasserschutz durch die Umsetzung des Projekts RHESI. Dafür werde ich mich auch in Zukunft ganz vehement einsetzen.

Was tut sich 2017 im „Zentrum“

Motiviert durch die Auszeichnung mit dem „Baukulturgemeindepreis 2016“ am 28. Jänner 2016 in Wien, haben wir 2016 den Außenraum der Volksschule Kirchdorf und unseres Rathausquartiers neu gestaltet und mit der neu renovierten Villa Kaiser-Franz-Josef-Straße 34 die Abteilungen Bildung, Familie und Kultur in einem bürgerfreundlichen Servicecenter vereinigt. 2017 stehen zwei Projekte im Vordergrund: am nördlichen Ende des Pfarrwegs wollen wir gemeinsam mit der Firma IR Schertier und einem gemeinnützigen Wohnbauträger ein Angebot für betreutes Wohnen im Zentrum schaffen – auf dem Grundstück der „Bast“, auf dem gemeindeeigenen Grundstück („Göüslar“) und auch auf einem Grundstück der Pfarre Kirchdorf. Die Vorbereitungen für einen Planungswettbewerb laufen – wir sind gespannt auf die Ergebnisse und freuen uns auf die Umsetzung. Im Schützengarten sind diese Woche die Bewohnerinnen und Bewohner des betreuten Wohnens eingezogen, bald gibt es dieses wertvolle Angebot auch am Pfarrweg.

Für das zweite Projekt, die Neugestaltung des Platzes und Straßenraums im Bereich Kirchplatz wird im Jänner ein Gestaltungsvorschlag präsentiert – ich bin gespannt, wie der Entwurf aufgenommen wird – Budgetmittel für erste Umsetzungsschritte sind im Voranschlag vorgesehen.

Persönlicher Dank

Mein Dank gilt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unserer Gemeinde, in den Kindergärten, in der Verwaltung, in den Seniorenhäusern, im Bauhof, im Wasserwerk und in allen anderen Bereichen. Ein großes Dankeschön für Eure Bürgernähe, Fachlichkeit und Kollegialität. Danken möchte ich auch allen Lustenauer Unternehmerinnen und Unternehmern für ihr großes Engagement, die hohe soziale Verantwortung, das Bekenntnis zum Standort Lustenau und auch die großzügige Unterstützung für unsere Vereine. Zusammen mit ihren motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern leisten sie einen wesentlichen Beitrag zur finanziellen Handlungsfähigkeit und Gestaltungskraft unserer Gemeinde. Ein besonderer Dank gilt jenen, die sich ehrenamtlich für ein gutes Zusammenleben in unserer Gemeinde engagieren. Dieser Beitrag für ein menschliches Miteinander ist unbezahlbar. Herzlichen Dank dafür.

Danken möchte ich auch dem Leiter der Finanzabteilung, Mag. Klaus Bösch. Heuer war die Budgeterstellung angesichts der vielen Projekte eine ganz besondere Herausforderung – danke Klaus für deinen großen Einsatz in den Vorarbeiten und den Verhandlungen, für deine hohe Fachlichkeit und auch Gelassenheit in der oft hektischen Endphase der Budgeterstellung. Ich wünsche euch allen frohe Weihnachten und ein glückliches neues Jahr. Blibind gsônd und bhaltind do Humor. „

Gemeinderat Martin Fitz trägt namens der Fraktion der FPÖ Lustenau nachfolgenden Generaldebattenbeitrag zum Voranschlag 2017 vor:

„Sehr geehrte Damen und Herren der Gemeindevertretung,
geschätzte Mitbürgerinnen und Mitbürger!

Lassen Sie mich aufgrund der Aktualität meine Budgetrede mit einer persönlichen Anmerkung zur vergangenen Bundespräsidentenwahl beginnen. Denn es ist schon sehr bemerkenswert, wie sich der Bürgermeister in diesem Wahlkampf verhalten hat. Mit einer Reihe von Amtskollegen hat er – entgegen der Linie seiner Partei – eine ganz klare Wahlempfehlung für den ehemaligen Grünen-Chef Van der Bellen abgegeben. Jetzt wird diese Empfehlung Politikkenner in Lustenau nicht wirklich überrascht haben, eilt dem Bürgermeister ohnehin der Ruf voraus, eher ein Grüner als ein Schwarzer zu sein. Trotzdem ist es sehr fragwürdig, ob sich ein Bürgermeister, der schließlich alle Bürger seiner Gemeinde nach außen zu vertreten und zu repräsentieren hat, österreichweit als Van der Bellen-Unterstützer in Aktion treten sollte. Zudem zeigt es auch auf, dass die ständigen Beteuerungen des Bürgermeisters, wonach er ein Bürgermeister für alle sein wolle und wonach er immer sehr stark das Gemeinsame mit allen Parteien betont, offenbar nur leeres Geschwätz und leider nicht ernst zu nehmen ist.

Umso erfreulicher ist es für uns Freiheitliche, das unser Kandidat Norbert Hofer gegen sämtliche Widerstände von allen gegnerischen Parteien und den meisten heimischen Medien über 40 % der Stimmen in Lustenau gewinnen konnte. An dieser Stelle ein ganz herzliches Dankeschön an alle Lustenauerinnen und Lustenauer die dem FPÖ-Kandidaten Norbert Hofer ihre Stimme anvertraut haben. An dieser Stelle möchte ich einen Appell an alle Fraktionen und auch an die Wähler richten: Der Hass, mit dem diese Auseinandersetzung teilweise geführt wurde, schadet unserer Demokratie und sollte schnellstens begraben werden. Und in Richtung einiger linker Vertreter und Unterstützer stelle ich auch hier einmal mehr klar: Norbert Hofer ist weder rechtsextrem und erst recht kein Nazi – genauso wenig wie seine Wähler! Wer im politischen Diskurs auf solche ungeheuerlichen Beschimpfungen wie die Linken zurückgreift, wird wohl unbestritten als „Hetzer und Spalter“ tituliert werden müssen und hat noch dazu keinen blassen Schimmer von der Geschichte unseres Landes. Ebenso hetzerisch ist die arrogante und überhebliche Art und Weise, auf welche Norbert Hofer-Wähler öffentlich als dumm hingestellt werden. Wenn sich heute Leute wieder beginnen, selbst über andere Menschen zu stellen, dann ist das ganz gefährlich für unsere Gesellschaft. Und die Linken sollten sich fragen, ob sie damit nicht viel näher an Ideologien anstreifen, die sie sonst den Rechten so gerne unterstellen.

Liebe Gemeindevertreterinnen, liebe Gemeindevertreter, lassen sie mich nun auf die politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen kommen, unter denen dieser Voranschlag zustande gekommen ist.

Die Hoffnungen auf eine Durchführung dringend notwendiger Reformen unter der Rot/Schwarzen Bundesregierung wurden leider längst begraben!

Es scheint als ob sich die österreichische Bevölkerung daran gewöhnt hat, dass die Regierung sich mit unnötigen Kleinkriegen in Nebensächlichkeiten „verzettelt“, anstatt richtungsweisende Resultate einer vorausschauenden Regierungsarbeit zu liefern.

Immer wieder groß „Neustarts“ „New Deals“ oder ähnliche Schlagworte zu verwenden und dann die unter diesen Begriffen versprochene groß angekündigte Arbeit für das Volk „versenden“ zu lassen, erleben wir seit langem. Immerhin besteht die große Koalition unter Rot/Schwarz nicht erst seit gestern und hat Österreich erst in den jetzigen Zustand geführt, welcher sich in allen zugänglichen Datenquellen als Jahrzehnt des Abstiegs unseres Landes in die unteren Regionen der Mittelmäßigkeit erweist. Österreich ist heute, wenn Wirtschaftskammerpräsident Leitl bei den Zugangsvoraussetzungen zur Selbständigkeit mitteilt, mehr Wettbewerb schade dem Wettbewerb, bei der Reform der veralteten Gewerbeordnung die erhofften Ergebnisse aus bleiben, aus der Reform nur ein „Reförmchen“ wird, weil die Kammer selbst blockiert, wenn alteingesessene Lokale oder sonstige Betriebe aufgrund Registrierkassenpflicht und überregulierter Auflagen ihre Geschäfte für immer schließen. All dies bringt uns keine Steuereinnahmen, Arbeitsplätze oder Wohlstand für unsere Bevölkerung zurück.

Im Gegenteil, die Menschen müssen sich immer mehr fragen, wer es sich im wirtschaftsfeindlichen Umfeld Österreichs noch antun möchte, als Selbständiger zu arbeiten und mit seiner Arbeitskraft auch für andere Menschen Jobs zu schaffen und Verantwortung zu übernehmen. Wenn die Wirtschaftskammer an Wertpapieren, Bankguthaben, Rücklagen, Anlagevermögen und Geldeswerte eine Gesamtsumme von € 1,5 Mio aus Zwangsmitgliedsbeiträgen von „geschröpften“ Beitragszahlern bei sich bunkert, so kann dies nur Kopfschütteln auslösen. Ähnlich dem ORF, der gerade nach „geschlagener“ Präsidentschaftswahl seinen Lohn in Form einer weiteren Zwangsgebührenerhöhung „eintreiben“ möchte. Echte Reformen werden seit Jahren von der Regierung verschleppt, Bünde u. Strukturen blockieren sich selbst, wir sind trotz höchster Abgabenquote total verschuldet, die Arbeitslosigkeit steigt laufend auf neue Rekordwerte - derzeit sind in Österreich 429.139 Menschen arbeitslos. Laut Wifo - Prognose wird aufgrund des Arbeitskräfteangebotes im In- aber vor allem auch aus dem Ausland die Arbeitslosenquote bis 2019/2020 weiter ansteigen und dann sogar nach unserer geschönten niedrigeren AMS Definition (hier sind Bezieher welche sich in Schulung oder Weiterbildung befinden nicht mit eingerechnet) einen Wert von fast 10 % erreichen!

Höchste Arbeitslosenzahlen – aber Händeringend wird qualifiziertes Personal gesucht!

Trotz allem suchen viele Betriebe händeringend qualifizierte Facharbeiter oder Hilfspersonal - leider vergeblich. Die bestehende soziale „Hängematte“ durch Mindestsicherungszahlungen, die den Lohn für Vollzeitarbeit oft übersteigen, macht zudem die Annahme eines Jobs unattraktiv und scheint so für die Betroffenen wirtschaftlich unrentabel. Leistung muss sich wieder lohnen! Zum einen muss es hier zu einer Deckelung der Bezugshöhe der Mindestsicherung kommen und zum anderen müssen die Mindestlöhne entsprechend ansteigen. Jemand der Vollzeit arbeitet, muss auch ein Einkommen zum Auskommen haben. Was hinderte denn die seit vielen Jahren in trauter Koalition zusammen arbeitenden Parteien SPÖ und ÖVP daran bisher reformorientierte und zukunftsfähige Regierungsarbeit zu leisten? Das einfache „Umsetzen“ der lange schon in der Schublade liegenden Vorschläge des Rechnungshofes und dessen Experten würde ausreichen.

Eine weitere Baustelle ist das Bildungssystem in Österreich. Wir haben eines der teuersten Systeme, nur kommt das Geld nicht in der Schulklasse an. Die jüngsten PISA-Ergebnisse haben das Versagen der Bildungspolitik wieder klar vor Augen geführt. In allen drei untersuchten Gegenständen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften liegen diese unter dem OECD Durchschnitt. Besonders groß dahingegen die Gruppe der Risikoschüler.

Nach wie vor kann jeder vierte Jugendliche nicht sinnerfassend lesen. Der Leistungsunterschied zwischen einheimischen Schülern und Migranten ist groß, selbst die Einwanderer der zweiten Generation schneiden nicht besser ab. Seit der Einführung von PISA geht es mit unseren österreichischen Testergebnissen bergab, seit Jahren streitet unsere Regierung und „rangelt“ nur um Macht und Kompetenzen. An unseren Schulen sollten echte Reformen durchgesetzt und diese wieder zu Bildungseinrichtungen „gezimmert“ werden, die sich auch an den Kriterien von Anstrengung, Leistung und Disziplin orientieren – vor allem aber für gute Schulkenntnisse der Schüler sorgen!

Peinlich speziell für Vorarlberg ist, dass seit den österreichischen Bildungsstandardtests im April für die vierte Klasse Volksschule im Fach Deutsch festgehalten werden muss: Wir sind wieder die Schlechtesten der Republik, durchschnittlich schlechter als der ganze Rest Österreichs beim Leseverständnis, Grammatik, Rechtschreibung und Textproduktion. Wenn selbst nach positivem Grundschulabschluss weiter mangelhafte Rechtschreibkenntnisse, Leseschwäche oder ein fehlendes Beherrschen der Grundrechnungsarten vorliegen, so ist dies leider das völlige Versagen unserer Schulpolitik. Wahrhaft traurig und keine Glanzleistung, hier gilt es rasch für Verbesserungen zu sorgen und den Lehrkörper bei seinem nicht einfachen Auftrag zur Vermittlung von Wissen bestmöglich zu unterstützen.

Fortwährendes Chaos bei Asyl und Kosten

„Ja“ zur Hilfe und Asyl auf Zeit für echte Kriegsflüchtlinge, „Nein“ zur staatlichen Subventionierung von Wirtschaftsflüchtlingen aus aller Herren Länder oder Straffälligen. Verständlich wenn jemand vor Krieg flüchtet, verständlich sogar, wenn er dann durch etliche sichere Drittländer zieht um genau dort um Asyl anzusuchen, wo er für sich und seine Familie die besten Sozialleistungen erwartet. Dies ist aber eben nicht tolerierbar oder gesetzlich zu dulden, es geht zu Lasten aller Österreicherinnen und Österreicher – jeder einzelne Flüchtling kostet uns insgesamt immerhin bis zu € 270.000,-. Die Beschäftigungszahlen aus der Schweiz belegen dass nach 5 Jahren immer noch circa 85 % der Flüchtlinge an den Sozialtöpfen hängen. Bedrohten oder gefährdeten Menschen ist auch künftig zu helfen, aber eben in machbarem Rahmen und am besten so nahe wie möglich an deren Heimat, wo die Kosten auch niedriger sind. Ein Sozialsystem, das über Unterstützungsleistungen fremde Menschen in unserem Land besser stellt als jene, die ein Leben lang hier gearbeitet haben und eine Pension beziehen ist ungerecht und gehört dringend reformiert.

Unsere Regierung scheitert aber schon an den genauen Definitionen und Grundrechnungsarten dazu, im neuen Fremdenrechtspaket gibt es auch plötzlich keine Obergrenze für Asylansträge mehr. Dass die Regierungsparteien sich aber nicht einmal darüber einigen können, wie viele der Flüchtlinge mit einem NEGATIVEN Asylbescheid wie vorgesehen das Land dann auch tatsächlich verlassen, zeigt, wie chaotisch die Zustände in Österreich bereits sind. Weder Kontrolle noch Vollzug funktionieren ordentlich! Wenn in einem aktuell veröffentlichten Bericht der Rechnungshof harte Kritik an der Abschiebep Praxis in Österreich übt und empfiehlt Maßnahmen zu setzen, mit denen „aufenthaltsbeendende Entscheidungen auch faktisch durchgesetzt werden“ so zeigt es die Hilflosigkeit unseres Rechtssystems. Fast 40.000 Personen mit negativen Asylbescheid konnten einfach in Österreich „verschwinden“ und untertauchen. Die sich fast täglich ereignenden „Einzelfälle“ von sexuellen Übergriffen auf Frauen und sonstige Gewaltverbrechen stellen Polizei und Justiz vor scheinbar unlösbare Probleme, alleine in diesem Jahr kündigten 18 Polizeibeamte in Vorarlberg ihren Job. Hier gilt es, die dringend benötigte Unterstützung für die Polizei sicherzustellen, und somit die Effektivität gegen die bestehende Kriminalität zu erhöhen.

Liebe Gemeindevertreter, nun zum Voranschlag der Marktgemeinde Lustenau:

Während beim Rechnungsabschluss für 2015 noch eine Gesamtverschuldung von € 60,6 Mio ausgewiesen wurde, so wird jetzt im Voranschlag für 2017 mit fast € 68 Mio gerechnet. Die Nettoneuverschuldung erhöht sich um € 2,3 Mio und das Defizit nach den Maasricht- Kriterien liegt im Voranschlag 2017 bei über € 7,3 Mio. Unter der ÖVP und ihrem Bürgermeister ist die Verschuldung in den letzten Jahren auf immer neue Rekordhöhen angestiegen – für uns Freiheitliche heißt das bis hierher und nicht mehr weiter! Wie auch unser Kommunalverwalter Mag. Klaus Bösch in seinem Kommentar zur Mittelfristigen Finanzplanung erwähnte, kann es mit der Verschuldung so nicht weitergehen. Unter den Freiheitlichen wurde jahrzehntelang immer sparsam und vorausschauend gewirtschaftet, darauf geachtet, dass künftige Generationen in unserer Gemeinde durch eine niedrige Verschuldung ausreichenden Handlungsspielraum erhalten und über hohe frei verfügbare Mittel selbst bestimmen können. Immer noch fließen jedes Jahr unverbrauchte Zuschüssen in Millionenhöhe aus dieser Zeit in unsere Gemeindekassen. Trotz Tilgungen und Rückzahlungen erhöht sich laufend unser Schuldenstand. Dies obwohl die Zinsbelastungen der doch beträchtlichen Verbindlichkeiten unserer Gemeinde bis auf den Bankaufschlag so gut wie nicht existent sind und wir alleine dadurch schon mehr finanziellen Spielraum hätten.

Die frei verfügbaren Mittel, welche noch beim Rechnungsabschluss 2015 über € 5,2 Mio ausmachten, werden leicht steigend gegenüber dem Voranschlag 2016 mit € 3,48 Mio für 2017 prognostiziert. Erfreulich sind hier die um gegenüber 2016 mit 19,8 % erhöhten Zuweisungen des Landes und die höheren prognostizierten Ertragsanteile um 3,2 % bei dieser unserer höchsten Einnahmequelle. Mit Ausnahme des Feuerwehrhauses sind die größten Investitionen unserer Gemeinde im kommenden Jahr in den wichtigen Ressorts der Freiheitlichen angesiedelt, was uns sehr freut. Hier sind auch gleichzeitig die höchsten Förderungen von Land und Bund zu erhalten, alleine über die 15A Vereinbarungen für Kinderbetreuungseinrichtungen beispielsweise bis zu 80 % der Gesamtkosten. In die notwendigen und wichtigen Bereiche Bildung, Tiefbau, Trinkwasser- und Abwasserversorgung, Straßensanierungen, Radwegerrichtung, Straßenbeleuchtung und Friedhof wird also im kommenden Jahr viel in Lustenau investiert.

Vorrangig Bildung – wie geht es weiter?

Für uns Freiheitliche haben Investitionen in den Bildungsbereich absolute Priorität, es zählt zu den ureigensten Aufgaben einer Gemeinde für Bildung und Ausbildung von Kindern und Jugendlichen bestmögliche Bedingungen zu schaffen. Unsere Lehrerinnen und Lehrer leisten hervorragende Arbeit – darauf können wir in Lustenau wirklich stolz sein. In Sachen Infrastruktur und Kinderbetreuung gibt es auch aufgrund geänderter gesetzlicher Vorgaben weiterhin viel zu tun. Im Bildungsbereich steht Lustenau im Jahr 2017 und auch in den folgenden Jahren vor großen Herausforderungen, die auch erhebliche finanzielle Belastungen mit sich bringen.

Wir sind gemeinsam mit unserer Gemeinderätin für Bildung, Mag. Doris Dobros, sehr froh darüber, dass es in allen Fraktionen den Konsens gibt, Investitionen in die Bildung vorrangig zu behandeln. Im Dezember 2015 kam die Frage der Grünen: Es gibt zu wenig Kinderbetreuungsplätze. Wann passiert etwas? Im Ressort waren da schon von unserer Gemeinderätin Mag. Doris Dobros die Weichen gestellt für die weitere Entwicklung in unserer Gemeinde in diesem Bereich – jetzt ist viel passiert:

Im Jahr 2016 wurde in sehr kurzer Zeit das Betreuungsangebot für Kleinkinder vergrößert und wir sind bezüglich Kindergartenbetreuungseinrichtungen auf einem guten Weg. Nach der Eröffnung des Zwergengartens Am Neuner, startet 2017 der Ausbau in der Büngenstraße im neu angekauften Objekt mit zwei Gruppen und nochmals eine Erweiterung Am Neuner, ebenfalls zweigruppig. Der Neubau eines Kindergartens im Hasenfeld, mit 5 Gruppen plus 1 Kinderbetreuung, wurde bereits zum Architektenwettbewerb ausgeschrieben und die Jurysitzung darüber findet schon im März 2017 statt.

Bezüglich der Nachfrage von Kindergartenplätzen sind wir bei der nächsten Herausforderung an unsere Gemeinde. Lustenau boomt, überall entstehen neue Wohnanlagen, junge Familien ziehen in den Ort und unsere Kindergartenplätze sind bereits voll mit 4- und 5-jährigen. Für die 3-jährigen gibt es derzeit kaum Kapazitäten. Besonders betroffen ist der Kindergarten „Am Schlatt“. Hier laufen bereits Planungen zum Ausbau und die finanziellen Mittel werden sicher zeitgerecht bereitgestellt. Ein gelungenes Projekt ist schon jetzt der Zu- und Umbau der Volksschule Rheindorf. Bereits im Frühjahr 2017 kann der Anbau bezogen und benützt werden. Anschließend beginnt über die Sommermonate der Umbau des alten Gebäudes. Dieser Teil des Projektes erfordert sicherlich von Seiten der Lehrkräfte und der Schüler viel Geduld. Beeinträchtigungen durch Lärm und Dreck werden gerne ertragen, im Hinblick auf ein sensationelles Ergebnis. Auch eine großzügige Umgebungsgestaltung und der neue Schulhof kommen hier nicht zu kurz.

Das Jahr 2017 bietet aber noch mehr Herausforderungen. Die Mittagsbetreuung an allen Schulen und Kindergärten wird immer mehr in Anspruch genommen, aber Raumnot und Platzmangel sind akut. Gerade deshalb ist unsere Bildungsgemeinderätin mit ihrem Team laufend dabei, Lösungen zu suchen und das Angebot weiter zu vergrößern. Einen Wermutstropfen gibt es allerdings. Der Campus Rotkreuz bleibt scheinbar weiterhin nur eine Vision. So viele Pädagogen, Pädagoginnen und Direktoren haben sich bereits Jahre damit beschäftigt, Workshops abgehalten und viel Zeit investiert. Mittagsbetreuung, Lernbegleitung, Sprachförderung, Bewegungsangebot, Inklusion, Nachmittagsbetreuung und vieles mehr, hier wurde intensiv an einem Bildungsfundament für unsere Kinder gearbeitet. Dies sollte in die nächste Großinvestition unserer Gemeinde führen! So wurde dies auch schon in unserer letztjährigen Budgetrede gefordert. Der Campus (manche können das Wort schon nicht mehr hören) wurde leider immer wieder verschoben. Es wäre für die Betroffenen nur fair, endlich eine klare Antwort vom Bürgermeister zu bekommen. Weder wurde mit finanziellen Mitteln vorgesorgt, noch wurden Grundstücke dafür angekauft – wie geht es mit diesem Projekt endlich weiter? Wir haben den Bürgermeister in scheinbar berechtigten Verdacht, dass er diesem großen Projekt im Bildungsbereich doch nicht, wie immer behauptet, die oberste Priorität zugesteht! Große Worte mit reinen Lippenbekenntnissen gab es ja schon immer – ich erinnere an den schon vor über 5 Jahren von ihm eingeleiteten Grundsatzbeschluss zu einer neuen fünften Volksschule. Auch hier ist nie mehr etwas daraus geworden. Mehr als einen Grundsatzbeschluss dazu gab es nämlich nie.

Etwas Positives aber noch zum Abschluss: In persönlichen Gesprächen zwischen Mag. Doris Dobros mit Schuldirektoren/innen und Kindergartenleiterinnen kommt immer wieder ein Satz: „*Wir sind zufrieden und wissen, dass wir super betreut werden.*“ In Lustenau können wir dieses Kompliment an die Lehrerschaft – ich glaube sogar im Namen aller politischen Fraktionen – zurückgeben: Wir sind zufrieden und wissen, dass unsere Pädagoginnen und Pädagogen in Lustenau die allerbeste Arbeit für das Wohl und die Ausbildung unserer Kinder leisten – herzlichen Dank an dieser Stelle für euren Einsatz!

Trinkwasser, Tiefbau, Verkehrswege und Gemeindestraßen

Als für den Tiefbau und die Gemeindestraßen zuständiger Referent freue ich mich sehr über den Bau unserer neuen Transportleitung für Trinkwasser in der Neubaustraße / Schützengartenstraße zum Ringschluss. Diese dient als wichtige Sicherung unserer gemeindeeigenen Trinkwasserversorgung. Das Projekt wird inklusive der Förderungen sowie der Kosten zur Straßenwiederherstellung und Beleuchtung insgesamt gut € 1 Mio an Investitionen in die Infrastruktur unserer Gemeinde bedeuten. Der hier im Bereich Sozialzentrum und Betreutes Wohnen vorgesehene gelbliche Deckbelag wird einheitlich mit der Straße durchgezogen und dadurch ein stärkerer „Quartierscharakter“ erzeugt. Die Straßenbeleuchtung wird im Zuge der Wiederherstellungsarbeiten der Schützengartenstraße auf neue LED umgestellt. Die Planung sieht zudem vor, dass hier die erste Fahrradstraße unserer Gemeinde beschlossen werden könnte.

Beim gemeindeeigenen Friedhof wurde die, letztes Jahr noch verschobene, Erweiterung der Urnengräber aufgrund der Dringlichkeit in die Wege geleitet und die Neuerrichtung eines neuen „Bürgergrabes“ ist im nächsten Jahr zusätzlich vorgesehen.

Unser Jahrhundertprojekt Kanalisation ist auf der Zielgeraden. Anfang April werden die Feierlichkeiten zur Fertigstellung unserer Ortskanalisation stattfinden. Für den Anschluss des Umlegungsgebietes Vorachstraße, den BA 56 der Binsfeldstraße und die Sanierung der südlichen Binsfeldstraße, das Bahnhofsareal und die Reparaturarbeiten Höhe Engel Kreisverkehr sind im nächsten Jahr dazu ebenfalls, ohne Berücksichtigung der noch hohen Förderungen, über € 1 Mio vorgesehen. Leider werden uns die regelmäßigen Sanierungsarbeiten mit finanziellen Kosten immer weiter belasten, ein Teil der Kanalisation ist ja jetzt schon wieder über 50 Jahre alt. Nicht vergessen werden darf aber, dass diesen Ausgaben zur Erhaltung auch regelmäßige Einnahmen für die Gemeinde gegenüberstehen, die die anfallenden Kosten abdecken sollen. Schwieriger ist es, wenn diese Einnahmen dann für andere Zwecke verwendet werden würden. Die hier laufenden Erhaltungskosten sind schon durch eine Untersuchung bekannt, auf Wunsch des Bürgermeisters wird jetzt durch eine zusätzliche Untersuchung auf eine „günstigere“ Planvariante „gehofft“. Die notwendigen Investitionen zur Erhaltung der unter der Erde verborgenen wichtigen Infrastruktur sind zwar nicht sehr prestigeträchtig, aber äußerst wichtig. Die Frage bleibt einfach wie viel die Politik zur Erhaltung der Kanalisation und Trinkwasserleitungen künftig regelmäßig zu reservieren gedenkt, um hier nicht ins Hintertreffen zu geraten. Es zeigt sich jetzt schon, dass die sinnvollste und langfristig günstigste Maßnahme zur Erhaltung unseres Kanalsystems jene sein wird, welche den gesamten Substanzwert der getätigten Investitionen nie unter 50 % sinken lässt. Große Aufwendungen für unsere größte Investition müssen daher regelmäßig eingeplant werden – egal mit welchem Sanierungsplan.

Die Einnahmen aus diesem Bereich liegen derzeit bei jährlich circa € 3,8 Mio. Aufgrund der langfristig vorausschauenden Freiheitlichen Finanzpolitik fließen noch heute unverbrauchte hohe Finanzierungszuschüsse in der Höhe von circa € 2,3 Mio zusätzlich jedes Jahr an die Gemeinde, dazu kommen für 2017 auch noch die einmaligen Anschlussgebühren bzw Erschließungsbeträge mit circa € 500.000,- an Einnahmen dazu. Da für die Sanierungen nicht mehr dieselben Förderungen ausbezahlt werden wie bei der Erstellung, müssen wir die gestiegenen künftigen Kosten leider zum größten Teil selbst bezahlen. Auch die erwähnten, derzeit noch laufenden Zuschüsse werden eines Tages auslaufen und damit unsere Einnahmen daraus automatisch sinken lassen.

Versäumnisse an dieser Stelle würden sich trefflich viele Jahre verbergen lassen, stellten dann aber die Gemeinde vor plötzliche massive finanzielle Probleme. Hier wäre eine künftige Bindung von den Einnahmen an die Ausgaben zur Erhaltung eventuell sinnvoll und anzudenken.

Der Radweg zum Bahnhof und die Tiefbauarbeiten zur Vorplatzgestaltung sind im nächsten Jahr fix eingeplant. Der Radweg wäre ohne die glücklicherweise zugesagte massive Unterstützung und zusätzliche Förderungen von Land und Bund nicht möglich – die Kosten für dieses Projekt wären mit der Unterführung einfach zu hoch. Da unser neuer „Bahnhof“ ohne Gemeindegelder aufgrund der damaligen Verhandlungen des Bürgermeisters nicht einmal eine Toilette oder ein Wartehäuschen hätte, hat auch hier die Gemeinde das Gebäude bei der „Bahnhofhaltestelle“ selbst zu errichten und zu bezahlen. Eine 2. Ausfahrt des Bahnhofsareals wäre als Straßenverbindung mündend in die Schnellstraße Richtung Hard wichtig und für die dortige Gebietserschließung sinnvoll und notwendig – ist aber leider im Budget noch nicht vorgesehen.

Eine sichere Radwegverbindung welche unsere auch von der Grindelstraße aufgrund Verkehr „durchschnittene“ Gemeinde miteinander verbindet ist dringend nötig. Mit einer kleineren Lösung lässt sich schon eine Verbesserung der jetzigen Situation für Fahrradfahrer am Kreisverkehr Engel erzielen. Langfristig sollte auch eine Rad- und Fußgängerunterführung die Grindelstraße queren und im Bereich Raiffeisenstraße Richtung Zentrum führen. Mit einer hohen noch zu verhandelnden Landesbeteiligung müsste sich dies auch in einigen Jahren verwirklichen lassen.

Zentrum

Die bisher vom Bürgermeister seit über anderthalb Jahren erfolgreich verhinderte „Verlegung“ oder „Umplanung“ der in meinen Augen gefährlichen Plattform-Haltestelle (aufgrund Sturzgefährdung) vor dem Restaurant „Schmugglar“ soll jetzt endlich mit einer sichereren Variante gemeinsam mit der dringend nötigen Sanierung des Belags durchgeführt werden. Lange war für die notwendigen Sanierungsarbeiten des Blauen Platzes kein Geld eingeplant. Wer nicht auf sein Eigentum achtet, muss sich nicht wundern, wenn es nicht mehr glänzt. Es ist schön, dass im Bereich der Zentrumsgestaltung jetzt auch endlich wichtige Belagsarbeiten mit € 300.000,- freigegeben sind, welche schon letztes Jahr von uns gefordert wurden und mehr als dringend nötig sind. Seit vielen Jahren wurde es unterlassen, hier ordentliche Reinigungen oder Sanierungen durchzuführen. Dabei wurde doch genau aus diesem Grunde auch diese Art des Belages damals auch verwendet – weil er einfach zu reinigen und in Stand zu halten wäre! Es wird wirklich höchste Zeit, dass unser allseits bekanntes Lustenauer Wahrzeichen wieder etwas Glanz bekommt. Eine zusätzliche Erweiterung der Fläche kennzeichnet unser Ortszentrum und erhöht in unserem Sinne die Aufenthaltsqualität, eine bessere Durchwegung, Nischenöffnungen, Verkehrsberuhigung waren und sind seit längerem wichtige Forderungen der Freiheitlichen. Kleine Maßnahmen mit großer Wirkung, dies fordern wir schon lange für das Lustenauer Zentrum – das „Pflanzen“ von Bäumen gehörte für uns aber nicht dazu. Ein Platz ist ein Platz und kein Wald.

Die laufenden Planungen für weitere Möglichkeiten zum Betreuten Wohnen im Zentrum begrüßen wir hingegen ausdrücklich, diese entsprechen auch unseren Vorstellungen. Wir hoffen auf eine gute Planung und rasche Umsetzung. Hier muss sich die Gemeinde aktiv beteiligen, um langfristig für unsere ältere Bevölkerung das bestmögliche Ergebnis zu erhalten.

Nicht, dass es dann wieder so endet wie beim teuren Planungswettbewerb für das auf dem gemeindeeigenen Grund geplante Gebäude neben dem Lokal „Freigeist“: Der von der Gemeinde ins Leben gerufene, wie immer kostenintensive Planungswettbewerb für ein passendes Wohn- und Betriebsgebäude (inklusive Gastronomie), kürte damals den imposanten Entwurf von Dipl. Ing. Architekten Eberle zum Siegerprojekt. Zweitgereiht der zweckmäßige aber ebenfalls höchst ansprechende Entwurf von Dipl. Ing. Architekten Dieter Vetter. Anstelle eines dieser das Zentrum belebenden Projekte umzusetzen wurde stattdessen vom Bürgermeister an dieser Stelle später das Projekt „Gewächshaus“ forciert und gebaut. Bauträger sind immer gerne bereit in Kooperation mit der Gemeinde auch die gewünschten Projekte gemeinsam zu entwickeln, Grund und Boden in guter Lage ist immer äußerst knapp – aber unter den Freiheitlichen wurden hier wichtige strategische Flächen schon seit Jahrzehnten angekauft und gesichert.

Betriebsansiedelungen – IKEA?

Für uns Lustenauer Freiheitlichen war die aktive Betriebsansiedlungspolitik immer ein wichtiges Instrument zur Stärkung der Finanzkraft unserer Gemeinde. Durch gesunde, lohnintensive Betriebe und deren jedes Jahr zu leistende Kommunalsteuer wird die Gemeinde finanziell heute immer noch lfd. stark durch diese Steuereinnahmen unterstützt. Diese Politik ist sinnvoll und muss weiter geführt werden! Leider ist unter Bürgermeister Fischer hier immer noch eher Stillstand zu verzeichnen. Die einzige Ansiedelung die von ihm wirklich äußerst tatkräftig unterstützt wird ist das Einrichtungshaus IKEA. Die Freiheitlichen sind die Letzten, die sich gegen vernünftige Betriebsansiedelungen aussprechen. Gerade unter FPÖ Bürgermeister Hans-Dieter Grabher haben sich die Betriebsgebiete hervorragend entwickelt und tolle Firmen in Lustenau angesiedelt. Eine Ansiedelung des Verkehrsmagneten IKEA ist für Lustenau allerdings nicht nur unvernünftig, sondern unverantwortlich und gefährlich.

Die Gründe dafür:

- Man muss kein Prophet sein, um vorhersagen zu können, dass die Ansiedelung des Verkehrsmagneten IKEA den völligen Verkehrskollaps in unserer Gemeinde bedeuten würde. Schon jetzt ist die Verkehrsbelastung in Lustenau immens und es staut sich praktisch jeden Tag.
- Wenn hier tagtäglich tausende Fahrten dazukommen, kann sich jeder ausmalen, was hier los ist. Da nützen dann auch kleinräumige Maßnahmen, wie der Bau der Heitere-Spange nicht viel. Und eines ist auch klar: Wenn der Bürgermeister jetzt den Bau der Riedstraße in Aussicht stellt und durch den Bau dieser Straße die IKEA-Ansiedelung als problemlos für Lustenau darstellt, dann muss ich ihm schon sagen: Bis zur Realisierung der Riedstraße werden noch Jahre und Jahrzehnte vergehen. Und dann sollte der Bürgermeister auch so ehrlich sein und den Lustenauern sagen, dass eine IKEA-Ansiedelung die Entlastungswirkung der Riedstraße – wenn sie dann gebaut ist – Großteils schon wieder zunichte gemacht hat. Dann haben wir trotz der Entlastungsstraße genau die gleiche Verkehrsbelastung wie jetzt.
- Das Hauptargument des Bürgermeisters für eine IKEA Ansiedelung in Lustenau, wonach sich IKEA nach einer Absage der Gemeinde Lustenau, dann halt in Dornbirn oder Hohenems ansiedeln würde, ist schon lange haltlos. Sowohl die Bürgermeisterin von Dornbirn Frau Kaufmann, als auch der Hohenemser Bürgermeister Dieter Egger haben längst mit deren Stadtvertretungen öffentlich klargestellt, dass für Ihre Stadt eine Ansiedelung von IKEA nicht in Frage kommt.

Dieses vermeintliche Argument des Bürgermeisters läuft also schon seit geraumer Zeit völlig ins Leere. IKEA wird weder in Dornbirn noch in Hohenems angesiedelt. Das sollte der Bürgermeister den Lustenauern auch sagen und nicht mit irgendwelchen Schauer-märchen versuchen Stimmung zu machen.

- Zu den vielgepriesenen Arbeitsplätzen ist folgendes zu sagen: Auch hier sollte man bei der Wahrheit bleiben! Die Arbeitsplätze bei IKEA sind Großteils schlecht bezahlte Teilzeitarbeitsplätze. Und wenn man sich anschaut, wer beim Möbelriesen etwa in St. Gallen oder Innsbruck arbeitet, dann sind dies meist Arbeitnehmer aus Ostdeutschland. Der Lustenauer, der eine Karriere bei IKEA machen wird, wird also eher die Ausnahme bleiben.
- Zudem darf man nicht verschweigen, dass eine IKEA-Ansiedelung auch viele Lustenauer Kleinunternehmen in große Bedrängnis und sogar in den Ruin führen würde. Da werden dann also auf der anderen Seite auch viele Arbeitsplätze vernichtet.
- Die schlecht bezahlten Jobs sind auch der Grund für die im Verhältnis zum immensen Bodenverbrauch sehr bescheidenen Kommunalsteuereinnahmen. Würden sich auf dieser Fläche ähnliche Firmen wie bisher im Millenumpark ansiedeln, so wäre die Kommunalsteuer um ein Vielfaches höher als die Schätzungen der Einnahmen von IKEA.
- Eine IKEA-Ansiedelung würde den Tod für das Zentrum und für viele Lustenauer Kleinunternehmen bedeuten. Da braucht man auch keine hochwissenschaftlichen Studien dazu, die am Ende des Tages doch nur immer das zu Tage fördern, was der Auftraggeber gerne hören würde. Nein, da reicht nur ein klein wenig Hausverstand um das zu erkennen. Der Bürgermeister sollte einmal mit den Gewerbetreibenden von Lustenau reden und sie fragen, was sie von einer IKEA-Ansiedelung halten? Die sehen nicht, dass sie profitieren werden, sondern haben im Gegenteil reelle Existenzängste. Wer also für einen IKEA eintritt, der nimmt das Sterben vieler Kleinunternehmer in Lustenau ganz bewusst in Kauf. Wir wollen das nicht zulassen, sondern stehen zu unseren Lustenauer Handels- und Gewerbebetrieben. Sie leisten ganz Hervorragendes.
- Da nützt dann auch eine Förderung für die Zentrumsbelebung nichts mehr. Ich kann ja nicht auf der einen Seite durch eine IKEA Ansiedelung das Zentrum massiv schwächen und dann quasi durch Investitionen und Förderungen noch retten wollen, was noch zu retten ist. Wenn mir die Entwicklung Lustenaus und dessen Ortszentrum ein wahres Anliegen ist, dann baue ich keinen IKEA in die Gemeinde!

Im Gegensatz zur Errichtung des neuen MC Donalds der in diesem Ortsbereich auf Privatgrund baute, ist die Gemeinde Besitzerin der geplanten IKEA Liegenschaft und kann hier selbst entscheiden und gestalten. Die aus alten Zeiten noch zufällig bestehende Widmung, der laufende starke Transitverkehr mit unserer zentralen Lage im Rheintal sind die einzigen Gründe, wieso sich IKEA an unsere Gemeinde wendete. Schon jetzt kann übrigens jedes Teil von IKEA per Post bestellt werden – Abhollager Wolfurt. Amazon arbeitet neuerdings in den USA testweise mit Scannerkassen ohne Personal, wer weiß was die Zukunft dem Handel bringt? IKEA wäre sicher eines der nächsten Unternehmen die diesem Beispiel folgen könnten. Unsere kleinen Einzelhandelsunternehmen haben es auf jeden Fall schon schwer genug sich gegen solche Riesen zu behaupten. Der in der Kaufkraftstudie der CIMA dokumentierte starke Kaufkraftzufluss in unsere Gemeinde ist unbestritten – nur es zählt in einer Gemeinde nicht, was an Geld und Kaufkraft reinkommt, sondern nur das, was tatsächlich bleibt. Vielleicht wurde dies vom Bürgermeister einfach nicht verstanden? Er scheint es auf jeden Fall zu ignorieren!

Ohne eigene Verkehrsstudien, ohne Studien zur Auswirkung auf die Unternehmenspopulation unserer Gemeinde – es wird einfach einmal ein Kaufvertrag vom Bürgermeister und der Mehrheitspartei ÖVP beschlossen, der die Gemeinde zumindest moralisch bindet und später plötzlich fix wird. Zudem ist auch Grund und Boden nicht vermehrbar. Bis das Gewerbegebiet Heitere endlich fertig erschlossen ist, hat unsere Gemeinde keine Flächen mehr für Betriebserweiterungen, neue oder heimische Betriebe. Viele unserer heimischen Unternehmen hätten schon dringend Raumbedarf. Hier hat der Bürgermeister ja schon vor Jahren die ersten „Verkaufs- und Werbegespräche“ für Flächen im Gebiet des Gewerbegebietes Heitere geführt, sogar Architekturwettbewerbe hat es schon dazu gegeben. Die Nutzbarmachung der Flächen im Gewerbegebiet „Heitere“ hat unser Bürgermeister aber lange „verschlafen“, bis heute ist ja das Umlegungsverfahren noch nicht einmal eingeleitet. Schüttungen, Verkehrserschließungen und Tiefbau werden noch einige Zeit in Anspruch nehmen, das ist leider gewiss! IKEA bringt also den Verkehrskollaps, schwächt unsere noch vorhandenen Einzelhändler und verbraucht dazu wichtige 24.000 m² Fläche.

Verkehr in unserer Gemeinde

Was von IKEA also für immer bleibt, ist der immer neu zufahrende Verkehr auf unseren Hauptachsen, Stau an den Verkehrsknotenpunkten, der Schleichverkehr welcher immer stärker von unseren Haupt- auch auf sämtliche Nebenstraßen „drückt“. Als ob wir davon nicht auch so schon genug hätten! Es wäre eigentlich doch ganz einfach: Wer weniger Verkehr in seiner Gemeinde möchte darf keinen Verkehrsmagneten ansiedeln!

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich eines zur geplanten Heitere-Spange sagen: Zur Erschließung des künftigen Betriebsgebietes Heitere ist diese schon unter Bürgermeister Hans Dieter Grabher geplant worden und macht auch Sinn. Sie taugt aber nicht zur Verkehrsentslastung unserer Gemeinde und schon gar nicht zur Bewältigung des Verkehrs, der durch die Ansiedlung eines IKEA-Großmarktes zusätzlich entsteht. Zumal hier entgegen allen Aussagen und Presseberichten des Bürgermeisters, wonach ALLE Grundstücke für den Straßenbau schon im Besitz der Gemeinde wären, immer noch gut ein Fünftel der künftigen Straßenfläche fehlen und im Privatbesitz sind! Auch ist der geplante Autobahnanchluss Rheintal Mitte einzig zur besseren Erschließung des Industriegebietes Wallenmahd geplant – dieser wurde konzipiert und wird gebaut um Dornbirn vom Verkehr zu entlasten – nicht Lustenau! Uns hilft nichts anderes als eine große Entlastungsstraße, welche den Transitverkehr aus unserer Gemeinde bringt und dem jetzigen ortsfremden Durchzugsverkehr eine Ausweichstrecke bietet – wenn es nach uns geht sinnvollerweise die Z- Variante. Die vom Bürgermeister im Wahlkampf groß angekündigte und versprochene Volksbefragung zur Variantenentscheidung wurde von ihm bis jetzt immer noch nicht durchgeführt – es blieb nur heiße Luft zurück.

Ein paar Worte zum Sport

Das vom Bürgermeister schon beim Bau der neuen Sanitäranlagen und Umkleidekabinen versprochene „Nachwuchsheim“ im Holzstadion, in welchem auch der Lern-Club untergebracht sein sollte, ist dringend nötig. Wurde damals beim Bau der Umkleidekabinen und Sanitäranlagen doch das damals funktionstaugliche Gebäude abgerissen und rascher Ersatz vom Bürgermeister versprochen. Wir erwarten dass der Bürgermeister hier auch zu seinem Wort steht, „rasch“ wäre nämlich in unseren Augen schon vorbei!

Die laufende Platzverschiebung, der dem Bau des neuen Feuerwehrhauses weichenen Bocciaanlage zeigt, dass im Sportbereich zu wenig voraus geplant wird – oder einfach nur zu viel, aber ohne echten Plan? Auch das Fußballkonzept, welches vom Bürgermeister schon vor Jahren zur Chefsache erklärt wurde, ist immer noch nicht fertig und lässt vieles offen! Von Bewilligungen, Parkplätzen oder Anrainerproblemen, vieles scheint ungelöst.

Feuerwehr und Ehrenamt

Meine Damen und Herren, durch den aufwendigen Planungseinsatz der Feuerwehr konnte im Jahr 2016 mit dem neuen Sicherheits- und Katastrophenzentrum der Feuerwehr Lustenau begonnen werden. Die Arbeiten dazu liegen im Plan. Darüber freuen wir uns sehr. Einen herzlichen Dank speziell an unseren Kommandanten der Feuerwehr Dietmar Hollenstein und dessen Vize Florian Kremmel, sowie ihr ganzes Team für die unzähligen geleisteten Arbeitsstunden zur Vorplanung und jetzigen quasi „Baubegleitung“. Die „Verschiebung“ der Gemeinde von € 500.000,- ursprünglich für 2017 vorgesehenen Kosten ins Jahr 2018 freut uns leider weniger, wir sind für eine zügige Umsetzung des Projekts nach Plan und auch zeitliche Einhaltung der Budgetvorgaben.

Soziales

Betreutes Wohnen, Seniorenbörse, Altern in Würde oder Projekte wie Senioren in die Mitte – dies sind alles Maßnahmen die wir vollumfänglich fördern und gerne unterstützen – dies ist uns wichtig – dafür stehen wir gerne ein! Dem Startschuss für ein neues Projekt werden wir heute hier also gerne zustimmen, erhoffen wir uns diesen im Zentrum doch schon länger. Auch wünschen wir uns künftig gesamthaft eine stärkere Unterstützung durch die Gemeinde für unsere niedergelassenen Allgemeinärzte welche für die Gesundheit unserer Bevölkerung da sind – hier ist Handlungsbedarf.

Wir sind froh darüber, dass die Unterbringung der Flüchtlinge im Sozialzentrum Schützengarten beendet ist und die Räumlichkeiten bei Bedarf für unsere Bürger wieder vollumfänglich zur Verfügung gestellt werden können. Mit der jetzigen Eröffnung des Projektes „Betreutes Wohnen“ der Vogewosi vom Architekten Dipl. Ing. Dieter Vetter lässt sich unser Sozialzentrum perfekt ergänzen und über den Bodenbelag auch optisch gut verbinden.

Werte Gemeindevertreter, alle im vorliegenden Voranschlag vorgesehenen Großinvestitionen werden von uns ausdrücklich begrüßt und mitgetragen. Das hat uns letztlich auch zur Entscheidung geführt, diesem Budget unsere Zustimmung zu erteilen. Eines möchten wir aber, nachdem wir die Kritik schon bei der Diskussion zur Mittelfristigen Finanzplanung vorgebracht haben, klarstellen: Wir fordern vom Bürgermeister im kommenden Jahr unter Einbindung aller Parteien eine gründliche und nachhaltige Planung über künftige Großinvestitionen. Es muss künftig sorgfältig erhoben, geplant und abgewägt werden, um dann auch zeitgerecht über die finanziellen Mittel verfügen zu können!

Die „Mittelfristigen Finanzplanung ohne Plan“ des BM wurde von uns schon bei der Veröffentlichung abgelehnt da diese eine unhaltbare Verschuldung unserer Gemeinde bedeuten würde. Diese würde das Defizit in den kommenden 5 Planjahren im Vergleich zur Vorjahresplanung von € 19,8 Mio auf neu € 22,3 Mio noch einmal zusätzlich erhöhen. Die erst nach mehrmaligen „Nachhaken“ mit fast einem Jahr Verspätung abgehaltene Sitzung war zur Prioritätensetzung aller künftigen Investitionen unserer Gemeinde und die Erstellung einer ordentlichen Mittelfristigen Finanzplanung eindeutig zu wenig.

Die Betroffenen – sei es im Bildungsbereich oder in anderen Bereichen – müssen sich in Zukunft auf Zusagen verlassen können. Genauso muss nicht finanzierbaren Wünschen von vornherein eine Absage erteilt werden bzw. muss auf einen realistischen Umsetzungstermin verwiesen werden. Immerhin musste der Bürgermeister in der Gemeindevertretungssitzung zur Mittelfristigen Finanzplanung zugeben, dass der reine "Wunschzettel" der Gemeinde einfach eine Auflistung von Projekten und in dieser Reihenfolge und Höhe so nicht finanzierbar ist.

Für diese Aussage bei der Sitzung zur Mittelfristigen Finanzplanung bedanken wir uns beim Bürgermeister, zeigt es doch auf, wie richtig unsere Kritik war und ist und wie notwendig hier Verbesserungen vorgenommen werden müssen. Im Hinblick darauf erwarten wir uns von ihm aber auch im kommenden Jahr nicht nur den erkennbaren Willen sondern auch Taten zur Erstellung einer gemeinsamen vorausschauenden und vor allem ausgeglichenen Finanzplanung. Nur gewünschte Investitionen Großteils über langfristige Schulden oder sogar den Verkauf von Vermögen zu finanzieren, darf niemals der finanzpolitische Weg in Lustenau werden. Wir ersuchen den Bürgermeister als verantwortlichen Finanzreferenten aber die geplante „Beschilderung“ für das Rathaus, Bauamt und die neuen Räumlichkeiten der Gemeinde in der Kaiser-Franz-Josef-Straße unter dem Stichwort „Signaletik“ noch einmal auf mögliche Einsparungsmöglichkeiten zu überprüfen. Dafür € 50.000,- einzuplanen entspricht nicht unseren Grundsätzen von sparsamem Wirtschaften, dies geht auch günstiger! Wir stellen hierzu keinen Antrag, verlassen uns aber in dieser Sache auf den Finanzreferenten, dessen Alternativenprüfung und spätere Durchführung mit „Maß“.

Danke

Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Wieder ist ein Jahr vergangen, jeder Tag erfüllt meist von etwas Hektik und den Tücken des Alltags. Dies geht sicher nicht nur Ihnen so, sondern auch uns. Gegen Ende des Jahres wird langsam zurück geblickt, Freudiges, weniger Erfreuliches aber auch an Besonderes wird erinnert: Herzlichen Dank daher an alle ehrenamtlich tätigen Mitbürgern die einen wertvollen Beitrag für unser Gemeinwohl leisten, ihre Zeit und ihre Kraft für andere Menschen aufwenden, sei als freiwillige Mitarbeiter beim Roten Kreuz, unserer Feuerwehr, oder in unseren zahlreichen Kultur-, Freizeit- oder Sportvereinen und damit unseren Kindern und Jugendlichen Vorbild sind, oder diese betreuen. Allen Lustenauer Unternehmern mit ihren MitarbeiterInnen einen herzlichen Dank, sie leisten einen ganz wesentlichen wertvollen Beitrag zur finanziellen Handlungsfähigkeit unserer Gemeinde und schaffen wichtige Arbeitsplätze.

Ein Dankeschön an alle Gemeindebediensteten für ihre geleistete Arbeit und Ihren Einsatz mit einem speziellen Dank an den Kommunalverwalter Mag. Klaus Bösch für die immer mustergültige Aufarbeitung und Bereitstellung sämtlicher Finanzunterlagen. Herzlichen Dank auch an alle Wahlbeisitzer sowie deren Ersatzpersonen, an alle Gemeindevertreter, alle in den Ausschüssen mitarbeitenden Personen! Es liegt in der Natur der politischen Sache nicht immer derselben Meinung zu sein, trotzdem sollte Respekt für die Meinung anderer stets im Vordergrund stehen. Dazu auch unser Wille stets das Beste für unsere Heimatgemeinde erreichen zu wollen und unsere Zukunft in Lustenau gemeinsam zu gestalten. Ich wünsche euch allen frohe Weihnachten und „an guoto Rutsch“!

Gemeinderätin Christine Bösch-Vetter trägt namens der Grünen Lustenau nachstehenden Generaldebattenbeitrag zum Voranschlag 2017 vor:

„Liebe Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

Hinter uns allen liegen 11 Monate Wahlkampf. Es ist mir daher ein Anliegen an dieser Stelle zuerst Danke zu sagen. Ich weiß, dass unter den mehr als 60 % derer, die Alexander van der Bellen ihre Stimme gegeben haben, etliche sind, die über ihren Schatten springen mussten, um das Kreuz dort zu machen, wo sie es machten. Das rechne ich ihnen hoch an. Ich durfte unseren neuen Bundespräsidenten auf der Kilbi begleiten und bin mir sicher, dass er sich große Mühe geben wird für alle – auch für jene, die ihn nicht gewählt haben – ein guter Präsident zu sein. Wir wissen die Klarheit und das Hinstehen unseres Bürgermeister in dieser Frage sehr zu schätzen und sagen deutlich Danke.

Lustenau wächst! Kinderbetreuungseinrichtungen, Kindergärten, Volksschulen sind am Rand ihrer räumlichen Möglichkeiten.

Unsere Gemeinde wächst und dieses Wachstum wird aller Voraussicht nach anhaltend sein. Diese Tatsache können wir kaum beeinflussen. Was wir aber sehr wohl beeinflussen können, ist die Infrastruktur, die dafür notwendig ist. Man kann hoffen, dass es sich da und dort gut ausgeht. Im Kanal zum Beispiel. Da profitieren wir davon, dass gebaut wird und mehr Menschen herziehen. Weil dann ein ohnehin gebautes Netz besser ausgelastet wird. Wo das mit dem Hoffen nicht funktioniert, ist der Bildungsbereich. Weil wir nämlich erfreulicherweise auch unten – also bei den Jüngsten – wachsen. Eine Tatsache, die uns demographisch gesehen freuen darf. Aber wir haben an allen Volksschulen Raumnot.

An der Volksschule Rotkreuz ist nicht nur zu wenig Platz – nein, der vorhandene Platz ist in keinem akzeptablem Zustand. Das ist hier seit 10 Jahren Thema. Eben solange hat es gedauert, bis der Zubau der Volksschule Rheindorf Realität werden konnte. Er nimmt im Budget des kommenden Jahres mit mehr als € 1 Mio entsprechend Raum ein. Auch der neu geplante Außenraum, der das gesamte Umfeld aufwerten wird, wird viel Freude machen. Wir freuen uns mit den Kindern, Lehrerinnen und Eltern. Gleichzeitig ärgern wir uns mit den Eltern, Lehrerinnen und Kindern der Volksschule und des Kindergartens Rotkreuz. So viel Zeit, so viel Freude haben wir gemeinsam in den vergangenen Jahren mit ihnen in eine gute Lösung für den einfach nicht mehr tauglichen Gebäudekomplex investiert und so viele Pläne wurden zusammen erarbeitet. Nie war die Hoffnung auf den Campus Rotkreuz kleiner als heute. Im Budget sind ein paar Nettigkeiten für die drei Bildungseinrichtungen geblieben. Wir beginnen das Gebäude notdürftig zu sanieren – etwas wovor ich schon viele Jahre an dieser Stelle warne. Und wir hübschen ihnen den Außenraum auf. Gleichzeitig wird das Geld für Planungswettbewerbe, für Grundstückssicherungen etc zusammengestrichen auf einen symbolischen Betrag. Zwei Tatsachen empfinde ich als besonders entwürdigend. Eine ist die, dass der Raum, unabhängig von seinem baulichen Zustand – diese kleinen niedrigen Klassen – einfach eine Zumutung darstellt für die Kinder und für die Lehrerinnen. Pädagogische Konzepte, die dem aktuellen Stand der Pädagogik entsprechen, sind in diesen Räumen nicht umsetzbar. Das sagen nicht nur wir, das wird von mehreren Experten (Hammerer, Gruber) klagend festgestellt. In der Sanierung der Volksschule Rotkreuz sieht Architekt Gruber – der sich einen Namen im Bereich Schulbauten gemacht hat – keine Option. Das Gebäude könne kein Schulbau für die Zukunft sein. Darin seien neue pädagogische Konzepte nicht umsetzbar.

Und die andere Sache ist die, dass wir schon den Jüngsten mit auf den Weg geben, dass es sehr wohl nett ist, wenn sie im Rahmen von Beteiligungsaktionen ihre Ideen für eine gute Schule einbringen können, dass es die Politik aber im Grunde gar nicht interessiert. Das ist eine konkrete Rückmeldung eines der Schule schon entwachsenen Buben, der die Jahre bis er wählen darf, an einer Hand abzählen kann. Nein, das Problem dort unten im Rotkreuz wird sich nicht in Luft auflösen. Man wird es auch nicht aussitzen können. Es wird eine Entscheidung brauchen und sie wird in jedem Fall einen Batzen Geld kosten. Das ist eine Realität. Sie alle haben den Brief der Schulgemeinschaft erhalten. Und da geht es nicht um Wünsche von außen. Die Schulerhaltung ist ureigene Aufgabe der Gemeinde. Unsere Nachbargemeinden und -städte Höchst, Hard, Hohenems, Dornbirn nehmen diese Verantwortung wahr und investieren massiv in Bildungsbauten. Wir können uns glücklich schätzen über die gute Zusammenarbeit der Direktorinnen und Direktoren und ihren Lehrkörpern mit der Gemeinde. Sie in die Rolle der Bittsteller zu bringen verkennt den Auftrag, den die Gemeinde vom Gesetz her hat. Im Übrigen empfinde nicht nur ich es als erniedrigend, ganze Lehrkörper, Eltern, Kinder mit Prozessen, Konzeptstellungen und Ideenfindungen zu beschäftigen, um sie dann in der Luft hängen zu lassen.

Schule verändert sich.

Der Raum muss Schritt halten. Das fällt uns in den alten Schulen mit den großen Klassenzimmern bedeutend leichter. Der Raum muss auch mehr Funktion übernehmen. Er ist nicht mehr nur klassischer Lernort. Viele Kinder verbringen den Großteil des Tages in der Schule und um die Schule. Die „Hoschtat“, in der die Kinder viele Jahre ihre Nachmittage verbracht haben, gibt es nur mehr für sehr wenige Privilegierte. Schule ist der Ort, an dem das Zusammenleben in einer immer bunter werdenden Gesellschaft erlernt wird. So oft twittert unser Bürgermeister einen so wahren Satz von Karl Jaspers: „Dass die Bildung stattfindet, setzt eine pädagogische Beschwingtheit des Volkswillens voraus“. Wäre diese Beschwingtheit nur auch budgetär sichtbar. Wir sind nämlich mit zahlreichen motivierten und sehr engagierten Pädagoginnen gesegnet. Ihnen muss unsere Aufmerksamkeit gelten, weniger den Nörglern und Miesmachern.

Das Problem, vor dem wir im kommenden Jahr im Kindergarten Am Schlatt stehen werden – nämlich, dass wir nicht alle Kindergartenkinder mit Kindergartenpflicht im Sprengel unterbringen werden, ist zum einen Teil dem Bauboom zuzurechnen, zum anderen Teil aber der nicht passierenden, längst fälligen Entwicklung um den Campus Rotkreuz, zu dem der Kindergarten Rotkreuz, der nicht nur zu klein ist, sondern auch keinen Ganztagesbetrieb anbieten kann, gehört. Auch im Hasenfeld drängt der Kindergarten ins Schulgebäude, was in der Schule Raumnot hervorruft. Im Voranschlag sind Mittel für den Architekturwettbewerb für einen Kindergarten im Hasenfeld vorgesehen. Gottseidank! Der Neubau wird uns ab dem Schuljahr 2019/2020 ein wenig Luft verschaffen. Wir haben das Gefühl, dass die Verantwortlichen sich zwar der Aufgabe bewusst sind und verstanden haben, dass man sich ihr stellen muss. Aber wir hinken hinterher. Noch immer. Sehr.

Kein einziger freier Platz in Lustenaus Kinderbetreuungseinrichtungen.

Der fehlende Raum im Kindergartenbereich hat auch Auswirkungen auf den Bereich der Kleinkinderbetreuungseinrichtungen.

Es sind wohl Mittel für die Erweiterung einer bestehenden Einrichtung bzw die Schaffung einer weiteren vorgesehen – das Land unterstützt uns hier auch bemerkenswert – aber wir wissen, dass die unlängst eröffnete Kleinkinderbetreuungseinrichtung

Am Neuner nach knapp 4 Monaten Betrieb schon wieder über eine Warteliste von mehr als 20 Kindern verfügt. Es gibt nicht einen einzigen freien Platz in einer Kleinkinderbetreuungseinrichtung in unserem Ort. Ich weiß, dass man dieser Tatsache bei Neuerrichtung von Kindergärten Rechnung zollen wird. Das ist auch gut so. Darüber sind wir froh. Aber die Zeit bis dahin ist eine lange. Vor uns stehen massive Bildungsinfrastrukturinvestitionen. Und zu denen wird man sich bekennen müssen. Und man wird sich überlegen müssen, wie man sie finanziert. Sie nicht zu tätigen, wird keine Alternative darstellen.

Das vorliegende Budget ist wie im letzten Jahr stark durch den Neubau des Feuerwehrhauses geprägt. Heuer veranschlagen wir € 5,5 Mio, die hohe Investitionssumme wird uns auch noch ins Jahr 2018 begleiten. Die Freude über das neue Haus wird getrübt durch die hohe Summe, die im Gesamten dafür aufgewendet werden muss. Nicht weil wir den Feuerwehrleuten keinen guten Standort und keine guten Bedingungen gönnen. Nein, weil das Geld so schmerzhaft an anderen Orten fehlt. Nämlich zum Beispiel im Bildungsbereich und im Zentrum. Leider wurden unsere Bedenken, die wir von Anfang an geäußert haben, nie gehört. Ich darf an dieser Stelle dennoch Walter Natter für seinen Einsatz gegen noch höhere Kosten ehrlich Danke sagen.

Wenn wir in der heutigen Sitzung ein Baurecht für Wohnraum auf dem ehemaligen Gösslar-Areal vergeben, dann ist das ein guter Beitrag, gemeinsam mit Bauträgern zu einer runden Lösung im Bereich Pfarrweg zu kommen. Die Schaffung von Wohnbau, Platz für betreutes Wohnen und Raum für eine Kleinkinderbetreuungseinrichtung sind begrüßenswerte Schritte am östlichen Zentrumsrand. Eine sehr gelungene Sache ist die Neugestaltung des Grünraumes zwischen Volksschule Kirchdorf, der Villa und dem Rathaus. Ich freue mich schon jetzt auf eine zauberhafte Frühjahrsblüte. Aus einem vorher ungenutzten, sehr zentralen Raum ist jetzt ein kleiner Park geworden, wie ihn unsere Gemeinde bisher nicht kannte. Es ist sehr erfreulich zu sehen, was möglich ist, wenn man sich anbietende Chancen nutzt und alle beteiligten Ressorts an einem Strang ziehen. Das macht mich stolz und lässt mich auf weitere Chancen der guten Zusammenarbeit hoffen. Auch der dazu gehörende Schulplatz ist sehr gelungen. Besonders stolz darauf sind die Volksschulkinder. Kein Wunder, haben sie doch selbst Sträucher und Bäume gepflanzt.

Die unlängst gepflanzten Bäume am Kirchplatz sind hoffentlich mehr als ein symbolischer Aufbruch am Platz. Im vorliegenden Budget sind Mittel für einen neuen Belag vorgesehen. Hoffen wir gemeinsam, dass der Mut dafür anhält. Womit wir beim Thema Zentrum auch schon wieder am Ende der Vorhaben angelangt wären. Leider sind nennenswerte gemeindeseitige Investitionssummen fürs Zentrum dem Sparstift zum Opfer gefallen. Es stellt sich die Frage, wie viel Luft man gemeindeseitig dem mit viel Enthusiasmus, Kraft und Elan erarbeiteten Zentrumskonzept noch auslassen kann.

IKEA-Konzern statt hiesiger Betriebe

Die gemeindeeigenen personellen Ressourcen, die wir so dringend für eine wirtschaftliche Weiterentwicklung im Zentrum und in den Betriebsgebieten benötigen würden, bindet die Ansiedlung von IKEA an der Dornbirnerstraße. Die Kürzung der Mittel für einen Standortmanager werten wir nicht als Zeichen großen Willens hier gegenzusteuern.

Wir bedauern sehr, dass der Kaufvertrag mit dem schwedischen Unternehmen abgeschlossen wurde, bevor die verkehrstechnischen und finanziellen Auswirkungen auf die Gemeinde und die Betriebe in der Gemeinde abgeklärt wurden. Wir sind der Überzeugung, dass diese Fragen dringend geklärt gehören.

Ich würde mir die Unterstützung, die Zeit, die Energie, die der Ansiedlung des Großkonzernes entgegengebracht wird, auch und vor allem für die hiesigen Unternehmen wünschen. Für jene, die hier Mut beweisen, etwas wagen, Arbeitsplätze schaffen und sich auch gesellschaftlich einbringen, für jene die den Anstand haben, alle ihre Steuern hier zu bezahlen, wofür ich ganz herzlich danke sage. Von denen – nämlich von den Lustenauer Unternehmern – haben sich in den letzten Monaten einige bei mir gemeldet. Sie fürchten um ihre betrieblichen Existenzen, sie werden – so sie erweitern wollen – auf die Heitere vertröstet, sie sind zu oft in der Rolle des Bittstellers, sie sind genervt von netten Drucksorten, netten Konzepten und netten Befragungen. Alles, was sie verlangen, ist, dass die Gemeinde zum Partner auf Augenhöhe wird. Dass die Gemeinde ihre Anliegen hört und ernst nimmt. Es ist hier gang und gäbe, dass man abwartet, ob und bis sich jemand für ein Betriebsgrundstück oder für ein Ladenlokal meldet. Eine aktive Standortpolitik überlegt sich, was gut für den Mix vor Ort wäre und sucht danach. Aktive Standortpolitik geht auf die Geschäftsleute zu und bringt die richtigen Leute zusammen. Aktive Standortpolitik macht sich stark für die Betriebe am Standort. Ich spüre beim zuständigen Gemeinderat Patrick Wiedl durchaus den Willen sich Teilen einer aktiven Standortpolitik zu widmen. Ich vermisse nur die wirtschaftliche Beschwingtheit seines Vorsitzenden.

IKEA ist nicht nur Möbelhändler. IKEA verkauft Blumen, Teppiche, Vorhänge, Schreibwaren, Spielsachen, Lebensmittel, etc. Und IKEA zieht den Autoverkehr an wie kein anderer Betrieb in unserem Ort. Mir bereitet die Frage, wie viele Arbeitsplätze die Ansiedlung von IKEA in anderen Betrieben vernichtet, große Sorge. Man darf mit Kommunalsteuereinnahmen von rund € 75.000,- rechnen. Das ist viel Geld, aber man muss auch wissen, dass das andere Betriebe hier im Ort auf wesentlich weniger Fläche erwirtschaften. Kurt Fischer verspricht, die Gewinne aus dem Grundstücksverkauf dem Zentrum zukommen zu lassen. Das klingt vielversprechend. Wenn man aber genauer hinschaut, dann sieht man, dass 90 % des Kaufpreises zur Tilgung des Schweizer Franken Kredites aufgewendet werden müssen, mit dem das Grundstück seinerzeit finanziert wurde und rund € 1 Mio dem Budget zugerechnet werden kann. Viel interessanter als den Verkaufserlös alleine zu betrachten, der nämlich einmalig aber dennoch nicht von der Hand zu weisen ist, ist für mich die Frage, was eine Betriebsansiedlung auf die Jahre gerechnet bedeutet. Die Frage der Beständigkeit, die Frage der Langfristrentabilität lässt sich für mich nicht nur auf die hübsche Fassade, die uns in Aussicht gestellt wird, reduzieren.

„Ein Königreich für die Zukunft“ – die Kindergärten machen's vor

Lustenau ist seit 10 Jahren e5 Gemeinde. Es macht mich als e5 Teamleiterin stolz, dass wir mit unseren Vorhaben für das kommende Jahr zur Energieautonomiegemeinde des Landes Vorarlberg für das Jahr 2017 ernannt wurden. Ich freue mich über die breite Unterstützung im e5 Team und sage den sehr engagierten Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen im Haus, den Betrieben und Vereinen, die punktuell mitarbeiten, herzlichen Dank.

Einen besonderen Dank möchte ich den vielen Kindergartenpädagoginnen Lustenaus aussprechen, die in 7 von 11 Kindergärten unter dem Jahresmotto „Ein Königreich für die Zukunft“ das vielfältige Thema Energie in den Fokus rücken. Mit Freude kann ich über die Ferntstellung des Wasserzuganges zum Neuner im Streueried berichten.

Ein Bürger hat ein selbstgemachtes Schild mit der Aufschrift „Wohlfühloase“ angebracht. Das trifft es wohl ganz deutlich. Es freut mich, dass wir auf Anregung einer Bürgerin auf gemeindeeigenem Grund einen weiteren Wasserzugang zum Neuner im Bereich Feldkreuz im kommenden Jahr verwirklichen können.

Im Bereich der Abfallentsorgung macht uns derzeit die neueste gastronomische Ansiedlung am Ortsrand Mühe und Arbeit. Abgesehen davon konnten wir mit dem Diskonter Lidl eine Vereinbarung treffen, um auf ihren Parkplätzen Unterflursammelstellen zu errichten. Die erste konnte bereits in der Kaiser-Franz-Josef-Straße errichtet werden, die zweite ist im kommenden Jahr in der Bahnhofstraße vorgesehen. Die unscheinbare Unterflursammelstelle in der Kaiser-Franz-Josef-Straße, die oberirdisch eine Fläche von 2 Parkplätzen einnimmt, hat unterirdisch dieselbe Kapazität wie Lustenaus größte Sammelstelle beim Engel. Auch die Einwurfschlitze wurden nach den Erfahrungen der Sammelstelle beim Rheincenter angepasst. Auch diese Sammelstelle soll nach 15 Jahren wieder auf Stand der Technik gebracht werden.

Dem Sportreferent Bernd Bösch ist es ein Anliegen, die anstehenden Projekte im Fußballbereich im kommenden Jahr gut vorzubereiten und die Möglichkeiten zur Finanzierung zu diskutieren. Da ist auch ein Verkauf eines derzeit als Fußballplatz genutzten Areals kein Tabu, weil es aus unserer Sicht nicht sein darf, dass die Projekte im Bildungsbereich aufgeschoben werden, weil in die Fußballinfrastruktur investiert wird.

Lustenau auf Schiene bringen

Ein Brennpunkt der Lustenauer Gemeindepolitik ist auch das Thema „Verkehr“. Im Sinne der Nachhaltigkeit, Umweltfreundlichkeit und Sicherheit muss dabei ein Schwerpunkt auf dem öffentlichen Verkehr liegen. Tatsächlich werden schon seit Jahren erfreulich hohe Mittel für den Busverkehr bezahlt. Leider stagniert hier der Ausbau mehr oder weniger. Ein Grund dafür ist die Tatsache, dass aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens im Straßenverkehr die Busse immer verspätungsanfälliger werden. Im neuen Fahrplan 2017 hat dies dazu geführt, dass die Fahrzeit der Linien 50 und 52 um bis zu 7 Minuten verlängert werden musste, um die Fahrplanstabilität aufrecht zu erhalten. Dies ist eine leider notwendige Verschlechterung, die viel Geld kostet, weil mehr Busse eingesetzt werden müssen. Die nachhaltige Lösung kann nur heißen, dass konsequent ein Busbeschleunigungsprogramm durchgeführt wird. Die ersten zaghaften Ansätze zu Busspuren auf der Straße nach Dornbirn müssen konsequent zu einem Buskorridor Lustenau – Dornbirn weiterentwickelt werden. Dann bekommen wir wieder für das gleiche Geld mehr Leistung statt weniger. Dass es auch anders geht, zeigt das Beispiel der Bahnverbindung nach Bregenz. Hier hat der konsequente Ausbau des Taktverkehrs im Laufe der letzten Jahre zu einer Explosion der Fahrgastzahlen geführt. Es ist daher sehr zu begrüßen, wenn die Gemeinde dieser Entwicklung durch Investitionen in den Bahnhofsumbau und in die dortige Radinfrastruktur Rechnung trägt. Mit € 2,5 Mio ist eine sehr hohe Summe für die Radfahrerunterführung beim Bahnhof Lustenau budgetiert. Der Summe steht eine Förderung des Landes von € 1,7 Mio gegenüber. Die Summe bleibt eine Hohe, die Partnerschaft mit der ÖBB eine Herausfordernde. Dennoch bietet sich über Jahrzehnte nur diese eine Chance, die es zu nutzen gilt. Lustenau muss noch viel mehr auf Schiene gebracht werden – längerfristig auch in Richtung Dornbirn.

Lustenaus Sozialkapital ist ein großer Schatz!

Wie alle Jahre nehmen die Zuweisungen der Gemeinde an den Spitalerhalter bzw an den Sozialfonds viel Raum ein. Es ist eine Sache über steigende Ausgaben im Sozialbereich zu schimpfen.

Wenn eine Gemeinde aber derart wächst wie die unsere, dann sollte man auch der Gemeinschaft, also den 23.000 Menschen, die hier leben, eine besondere Aufmerksamkeit schenken. Ich habe in den vergangenen 1,5 Jahren der Flüchtlingsunterbringung in Lustenau viel über uns als Gesellschaft gelernt. Ich habe gesehen, dass es hier viele Menschen gibt, die gerne geben und dadurch auch etwas zurückbekommen. Sei es Zeit, Talent, Aufmerksamkeit, Geld, Wohnraum, Arbeit... Und ich weiß, dass es viele Menschen gibt, die danach suchen. Es ist wie immer – man muss die richtigen Leute zueinander bringen. Das löst nicht alle Probleme. Aber manch ein Problem wird erst gar nicht so groß, dass es alles zum Wanken bringt und hohe Kosten für die Allgemeinheit verursacht. Und der schöne Nebeneffekt ist, dass man ein bisschen zusammenrückt. Das tut gut. Ich habe erlebt, dass wir eine starke Gemeinschaft sind. Den Ausspruch „Hô bei Gott, ma richts!“ hat nicht unsere Generation erfunden, aber er scheint beständig zu sein. Ich wünsche mir, dass die Gemeinde diese Ressource ernst nimmt, diesen Schatz pflegt und hilft, die richtigen Leute zueinander zu bringen. Und das meine ich nicht reduziert auf Flüchtlinge – sondern das wünsche ich mir für alle. Mir haben mehrere in den letzten Jahrzehnten zugewanderte Leute gesagt, dass ihnen niemand diese Zeit, diese Aufmerksamkeit, diese Hilfe zukommen ließ, als sie hier her zugewandert sind. Dass das rückblickend weh tut, dass es sie aber freut, wenn der Ort dazu gelernt hat und es heute versucht anders zu machen. Mich bestärkt das, einzufordern, dem Zusammenleben, dem Zeigen wie ein gutes Leben hier funktioniert, mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Ich überlasse das nur ungern Sekten – egal ob christlichen oder muslimischen Ursprungs. Deren Hereindrängen kann man nämlich beobachten. Ich fordere ein, dass die Gemeinde hier den Taktstock bewusst in den Händen hält und den Takt vorgibt.

Die Mehrheitsfraktion ÖVP ist in der Lage das Budget mit den eigenen Stimmen mehrheitlich abzusegnen. Das ist ihr gutes Recht, damit hat sie der Wähler ausgestattet. Uns hat er beauftragt, genau hinzuschauen und darauf hinzuweisen, wo es nicht rund läuft. Wir zeigen auf, dass im Bereich der Bildungsinvestitionen, des Zentrums und der Wirtschaftsentwicklung einiges nicht rund läuft und stimmen daher dem vorliegenden Voranschlag für das Jahr 2017 nicht zu.

Wir beenden mit dieser Sitzung das politische Jahr 2016. Ich sage danke für die auf weiten Strecken sehr gute Zusammenarbeit. Nicht jede abweichende Meinung ist parteipolitischer Hickhack, wie das manche meinen. Nicht jede abweichende Meinung ist Streit. Abweichende Meinungen sind ein Zeichen gelebter Demokratie. Eine gesunde Demokratie lebt von den verschiedenen Meinungen, die diskutiert werden. Passen wir gut auf sie auf.

Ich danke dem Leiter der Finanzabteilung Mag. Klaus Bösch stellvertretend für sein Team für das ausführliche Zahlenwerk, euch danke ich für das lange Zuhören, wünsche euch schöne und ruhige Feiertage im Kreise eurer Lieben und freue mich auf die Vorhaben im kommenden Jahr.“

Gemeindevertreter Dr. Walter Bösch trägt namens der **SPÖ Lustenau** nachstehenden Generaldebattenbeitrag zum Voranschlag 2017 vor:

„Sehr geehrte Damen und Herren !

Wir beraten heute das Budget 2017 in sehr unruhigen Zeitläufen. Die weltpolitische Szenerie um uns ist geprägt von den Begriffen Populismus, Brexit, die Zukunft Europas und Donald Trump.

Globalisierung als wirtschaftliches Faktum und soziale Herausforderung

Die moderne Welt verunsichert zunehmend wesentliche Teile der Bevölkerung und namhafte Experten vertreten den Standpunkt, dass die Globalisierung der Wirtschaft nütze, aber der Mittelschicht und den vielen einfachen Menschen weh tue, und die sich eine Lösung erwarten. In einer solchen Zeit müssen auch die europäischen Regierungen ihre technokratische Sprache ablegen und auf Ängste reagieren ohne einfache oder naive Antworten zu geben. Sie müssen bedrohliche Entwicklungen und ihre Folgen mutig beim Namen nennen, aber ohne den gehässigen Ton, der bei den komplexen Problemen der heutigen Welt immer in eine gefährliche Irre führt. Die sich selbst aufschaukelnden Gruppenmeinungen in den sozialen Netzen stellen jedenfalls kaum eine faire Verteilung von Information dar. Die mühsame Überwindung von Gegensätzen kann nur in einer offenen Diskussion gelingen, die von den Grundsätzen der Toleranz und des gegenseitigen Respekts bestimmt ist. So ist auch das Ergebnis der Bundespräsidentenwahl zu verstehen. Es ist zu hoffen, dass nach der vergangenen Wahl der Gemeinssinn das politische Geschehen bestimmt.

Der Klimapolitik droht ein schwerer Rückschlag

2016 könnte das heißeste Jahr werden, die Erderwärmung treibt die Temperaturen in Rekordhöhe und die Emissionen steigen weiter. Österreich liegt in der Klimaschutzpolitik weit zurück. In namhaften Klimaschutz-Auflistungen nimmt Österreich Platz 41 von 61 Rängen ein und belegt damit den vorletzten Platz unter den EU-Staaten. Vor allem im Verkehr gibt es noch keinen Erfolg. Wie es um die diesbezüglichen Bemühungen weltweit noch bestellt ist und wie die Zeit drängt, weiß nun inzwischen jeder, der es wissen will. Mit der neuen Ära Trump in den USA zeichnet sich zusätzlich ein neues Problem ab. Wissenschaftler melden, dass der weltweite Klimawandel mit seinen ökologischen Folgen in verschiedenen Regionen Hunger, Gewalt und Terror verstärkt. Durch den menschengemachten Klimawandel nehmen Hitzewellen und regionale Dürren zu. Ständig steigende Temperaturen sowie tiefe ethnische Spaltungen gefährden einige der konflikthanfälligen Regionen der Welt wie Nord- und Zentralafrika oder Zentralasien in besonderem Maße. Dies hat Auswirkungen auch auf Fluchtbewegungen. Studien bestätigen als Auswege die rigorose Eingrenzung der Klimagase sowie Friedensbemühungen. Wie die Ereignisse des letzten Jahres zeigen, bleiben auch die Gemeinden mit ihren Budgets hiervon nicht unberührt.

Lustenauer Rekordbudget mit hohem Ausgabendruck

Der Voranschlag für 2017 ist wesentlich mehr als eine Fortschreibung bisheriger Gemeindebudgets. Schon der Budgetumfang erhöhte sich von rund € 79 Mio im laufenden Haushalt auf € 83,2 Mio im Haushaltsjahr 2017. Bei internen Beratungen der Finanzverwaltung zeichnete sich diese Entwicklung schon seit längerem ab. Die laufenden Projekte und die gesammelten künftigen Ausgabenwünsche der im Gemeindevorstand vertretenen Fraktionen überstiegen die bisher üblichen Vorstellungen um Millionenbeträge. Der Budgetumfang erhöhte sich schließlich um rund € 4 Mio oder 5 %.

Stabile Kennzahlen im Einnahmenbereich

Die Steuereinnahmen als wichtigste Säule der Gemeindefinanzen werden sich im kommenden Jahr auf € 34,7 Mio belaufen, was einer Steigerung von 3,3 % gegenüber dem letzten Budget entspricht.

Den zentralen Beitrag für die Finanzierbarkeit des Gemeindehaushaltes leisten die gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die von € 25,8 Mio auf € 26,9 Mio, sohin 3,2 % im Haushaltsjahr 2017 zunehmen werden. Sie stellen daher über 3/4 der Steuereinnahmen der Gemeinde. Befürchtungen über einen schmerzlichen Steuerrückgang für die Gemeinden werden sich daher nicht bewahrheiten. Die Kommunalsteuer erbringt mit rund € 6,4 Mio ebenfalls einen nicht unwesentlichen Beitrag, der sich aber gegenüber einem Aufkommen von über € 22 Mio in unserer Nachbarstadt Dornbirn recht bescheiden ausnimmt. Es ist durchaus angebracht, nicht schon bei den geringsten parteipolitischen Schwierigkeiten im eigenen Haus Steuereinnahmen den geschäftstüchtigen Nachbarn zu überlassen. Einen kräftigen finanziellen Beitrag liefern die Gemeindebürger auch in Form der Gebühren für die Abwasserbeseitigung, die aufgrund der laufenden Erhöhungen eine Steigerungsrate von 8,2 % aufweisen und im kommenden Haushalt € 4 Mio erbringen werden.

Starke Zunahme der laufenden Ausgaben

Die laufenden Ausgaben der Gemeinde betragen rund € 48 Mio. Nach den Personalkosten stehen wie in den vergangenen Jahren die stark steigenden Gesundheits- und Sozialkosten bereits an zweiter Stelle der Ausgaben. Wenn auch die Spitalskostenbeiträge der Gemeinden seitens des Landes zu einem geringen Teil vergütet werden, zeigt sie gesamthaft noch immer eine stark steigende Tendenz:

2015	€ 8.049.600,-
2016	€ 9.399.200,-
2017	€ 10.632.500,-

Die Sozialtransfers an das Land Vorarlberg werden daher im kommenden Haushaltsjahr die € 10 Mio Grenze locker überschreiten. Zuzüglich der Landesumlage werden es rund € 12 Mio sein. Nach dem jüngsten Gemeindefinanzbericht werden die Ausgaben für soziale Wohlfahrt der größte Kostentreiber für die heimischen Gemeinden darstellen, ohne dass diese in erheblichem Ausmaß auf die Kostenentwicklung einwirken können. Auch aufgrund der Konstruktion der Mindestsicherung kommt es zu einer starken Ausweitung der finanziellen Belastung der Gemeinden. Sie beengen damit erheblich den finanziellen Spielraum der Gemeinde. Dies führt vor allem zu einer deutlichen Verringerung des Überschusses der laufenden Gebarung und in Zusammenhang mit dem steigenden Schuldendienst zu einem Tiefstand bei den frei verfügbaren Mitteln. Auffallend ist, dass die frei verfügbaren Mittel mit rund € 3,48 Mio rund ein Drittel unter den € 5,2 Mio des Rechnungsabschlusses 2015 liegen.

Steigender Überschuss der laufenden Gebarung

Der Überschuss der laufenden Gebarung entwickelt sich wie folgt:

2016	€ 5.976.300,-, das sind 11,4 % der laufenden Einnahmen
2017	€ 6.668.000,-, das sind 12,2 %.

Vor allem aufgrund des Schuldendienstes verringern sich aber die verbleibenden frei verfügbaren Mittel – die eigentliche Finanzspitze der Gemeinde – im Jahre 2017 auf € 3,48 Mio. Im Rechnungsabschluss 2015 waren es noch € 5,2 Mio.

Steigender Schuldenstand

Vorweg ist zu betonen, dass bei der fiskalischen Bewertung der Entwicklung des Schuldenstandes zu berücksichtigen ist, ob damit ein Vermögenserwerb einhergeht oder die Fremdmittel nur der Deckung von Defiziten dienen. Die Budgetzahlen zeigen, dass die Kreditaufnahme schwerpunktmäßig mit der Schaffung von Vermögenswerten verbunden ist. Im Budget 2017 steht der Darlehensaufnahme von € 8,4 Mio eine Tilgung von € 6,2 Mio gegenüber. Dadurch erhöhte sich auch zwangsläufig der Schuldenstand von € 65,690.000,- auf € 67,838.400,-, was einer Steigerung um € 2,147.500,- entspricht.

Investitionen als zentraler und umstrittener Aufgabenbereich

Dazu zählen die Sicherung der Daseinsvorsorge in den verschiedensten Formen und Bereichen, im Bildungs-, Schul- und Kindergartenbereich, die Verbesserung der Lebensqualität im öffentlichen Raum, die notwendige Steigerung der Standortqualität im sozialen und ökonomischen Bereich der Gemeinde sowie für Einrichtungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Die Liste der Investitionen wird vom Feuerwehrhaus mit € 5,5 Mio angeführt, gefolgt vom Radweg Bahnhof mit € 2,5 Mio, der Abwasserbeseitigung mit rund € 2 Mio, sowie weiteren Investitionen und Vermögenskäufen im Gesamtbetrag von rund € 23,4 Mio. Angesichts dieser Summen ist der Betrag von € 300.000,- für das Ortszentrum nur ein sehr kleiner Schritt, es wird auf Schmalspur gefahren, aber es bewegt sich doch – endlich etwas. Man kann einwenden, aus Budget- und Finanzknappheit sei nicht mehr möglich. Dabei handelt es sich natürlich um eine politische Entscheidung. Es ist insgesamt wieder ein Ansatz, aber weiterhin nicht ein relevanter Teil eines Gesamtkonzepts – sozusagen ein Teilansatz für ein Teilkonzept. Das Problem liegt tiefer, es fehlt immer noch ein Projektentwickler, der die Teilbereiche, das Bau-, Verkehrs-, Geschäftskonzept- und Umgebungskonzept zusammenfasst, sozusagen die e i n e Formel für die noch isolierten Teilbereiche vorlegt. Es sind zwangsläufig Richtungsentscheidungen erforderlich, die damit die Entwicklung der Gemeinde für lange Zeiträume bestimmen. Die derzeit größten Investitionen sind neben dem begonnenen Feuerwehrhaus, Kindergärten, Schulen, Verkehrswege und Investitionen in Sportanlagen.

Bildung wird zur umfassenden Herausforderung: Kinderbetreuung Kindergarten Schule

Viele Frauen, die Familie und Beruf vereinen möchten oder müssen, stehen oft vor schweren Problemen, da Kinderbetreuungsplätze einerseits knapp bemessen sind, andererseits für viele finanzielle Hürden darstellen. Selbst die Wirtschaft ruft wiederholt nach flexibler und kostengünstiger Kinderbetreuung. Zielsetzung muss eine ganztätige, ganzjährige, verlässliche und leistbare Kinderbetreuung sein. Dies erfordert aber enge Kooperation zwischen den privaten Betreibern der Kinderbetreuungseinrichtungen und der Gemeinde unter rechtzeitiger und vollständiger Inanspruchnahme der Fördermittel des Bundes. Diskussionsgegenstand wird sein, wie diese Kooperation angesichts eines weiter steigenden Bedarfs zu gestalten ist. Auch im Kindergartenbereich steigt der Aufwand für die Gemeinde laufend an. Die noch stärker steigenden Kosten im Schulbereich stammen aus der starken Bevölkerungszunahme einerseits und dem steigenden Qualitätserfordernis an die Baulichkeiten auf der anderen Seite.

Das Faktum, zu den jüngsten Gemeinden Österreichs zu zählen, zieht für Lustenau zwangsläufig auch einen steigenden Aufwand an Schul- und Kindergartenbauten nach sich.

Das Bildungswesen wird der heutigen sozialen Realität kaum noch gerecht

Der jüngste PISA-Test zeigt neuerlich, dass unser Schulsystem offenbar mit unserer sozialen Realität immer schwerer zu Rande kommt und es nicht gelingt, allen Kindern halbwegs gleichartige Chancen im Schulalltag zu sichern. Mangelnde Bildungsabschlüsse führen dann zu mangelnden Qualifikationen und fehlenden Arbeits- und Existenzmöglichkeiten. Für die Gemeinden ist die Funktion als Schulerhalter eine permanente und immer kostspieliger werdende Aufgabe. Gleichzeitig ist auf pädagogischer Ebene der notwendige Bildungserfolg offenbar immer schwerer zu erreichen. Die Vorarlberger Mittelschule steht vor zunehmenden pädagogischen Problemen. Der Ganztageschule wird unter den heutigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine zentrale Bildungsaufgabe zukommen. Auch die Volksschule Rotkreuz steht vor diesem Hintergrund vor der Frage Sanierung oder Campuslösung. Obwohl Konzepte bereits erarbeitet wurden, steht die Entscheidung dort weiterhin in Schweben.

Die immer tiefer gehenden Bildungsdefizite werden unsere Gesellschaft in den kommenden Jahren noch vor viele Probleme vor allem auf dem Arbeitsmarkt stellen. Die Meldungen aus der Wirtschaft verbunden mit den Arbeitslosenzahlen verweisen auf große Bildungsdefizite. Warum liegen Länder wie Finnland, Estland, Polen uva im Pisa-Test weit vor Österreich. Warum gibt es eine zu geringe Anzahl an begabten Schülern? Wo ist die Freude am Lernen geblieben? Der Ursachen gibt es viele, gefragt sind nicht nur pädagogische, sondern auch Antworten in der Gesellschaft sowie in den Familien. Der seit langem steigenden Beklemmung hinsichtlich von Bildungsrankings sind endlich wirksame Maßnahmen entgegenzusetzen. Auch die vor Jahrzehnten erfolgte Ablehnung einer Universität seitens konservativer Politik in unserem Bundesland war eine grobe bildungspolitische Fehlentscheidung. Universitäre Einrichtungen befruchten mit ihrem vielseitigem Angebot sowohl wirtschaftliche wie auch individuelle Entwicklungen und würden auch viele unserer Absolventen aus den anderen Universitäten wieder ins Land zurückführen. Bildung ist Voraussetzung und Motor in vielen Bereichen.

Der starke Wohnbau erfordert zeitgerechte öffentliche Investitionen

Die starke Wohnbautätigkeit in der Gemeinde bei gleichzeitiger Ausdünnung der Infrastruktur verstärkt laufend den Eindruck, dass sich Lustenau schwerpunktmäßig zu einer Wohnsitzgemeinde entwickelt, in der der Wohnbau zum bestimmenden Entwicklungsfaktor wird. Die daraus resultierenden Anforderungen an die öffentliche Infrastruktur, vor allem auch im Bereich Freiräume und deren umfassender Vernetzung, werden dadurch immer größer. Den Kommunen erwächst daraus die Aufgabe, Defizite auszugleichen, Bildungs-, Aufenthalts-, Kommunikations- und Grünräume bereitzustellen.

Profisport ist keine Pflichtaufgabe der Gemeinde

Während die oben genannten Erfordernisse im Bildungsbereich längst auf dem Tisch liegen, sind Investitionen im Reichshofstadion immer mit der Möglichkeitsform behaftet. Wann, wie, warum, unter welchen sportlichen Voraussetzungen ist eine große Revision im Reichshofstadion erforderlich bzw angesichts der Budgetnot der Gemeinde gerechtfertigt. Es gilt, Prioritäten zu setzen und diese nach gesellschaftlichen Erfordernissen zu bewerten.

Die Zielsetzungen kollidieren mit Forderungen aus dem Sportbereich, speziell dem Reichshofstadion, wobei die in den kommenden Jahren zu diskutierenden Millionenaufwendungen nicht ungeteilte Zustimmung finden.

Fragen der Eigenleistung und Kooperation mit anderen Vereinen harren noch einer vertiefenden Antwort, ebenso raumordnerische und auch geografische Aspekte.

Der Geschäfts- und Handelsbereich muss auch in Lustenau wachsen

Der Lustenauer Bevölkerung steht eine Kaufkraft von rund € 113 Mio zur Verfügung, wovon die Hälfte in die umliegenden Gemeinden abfließt. Dieser seit Jahrzehnten hingenommene Zustand muss geändert werden. In einer Gemeinde mit über 23.000 Einwohnern muss der Handels- und Geschäftsbereich, der auch einen Teil der Standortqualität einer Gemeinde darstellt, eine entsprechende Weiterentwicklung erfahren. Die diversen Stellungnahmen in unserer Gemeinde zur Ansiedlung von IKEA werfen auch ein Schlaglicht auf die offenbare Geringschätzung der darin gelegenen Möglichkeiten. Von Teilen der Gemeindevertretung wird dem Vorhaben einfach das Niedriglohnimage umgehängt, das der Gemeinde zu wenig bringe. Offenbar war dies aber so verfehlt, dass sogar der Landesstatthalter öffentlich darauf hinwies, dass gerade in unserer Zeit die Bevölkerung auf ein breites Angebot an Arbeitsplätzen angewiesen sei. IKEA wird nicht die Konkurrenz für alles Mögliche und zugleich der Schwarze Peter für ein Verkehrsaufkommen sein, gegen das Lustenau schon seit 30 Jahren erfolglos kämpft. Es wird vielmehr zu einem Standortfaktor für unsere Gemeinde werden und damit auch zu einem Vorteil für ein attraktives Zentrum.

Ortszentrum muss endlich in die Realisierungsphase

Wer die bisherige Entwicklung im Ortszentrum ungefähr kennt, kann sich wohl nur an den Satz halten „Wer aufgibt, hat schon verloren“. Während in der Presse laufend von Gemeinden berichtet wird, die ihre Ortszentren entwickeln und modernisieren, pendelt Lustenau in dieser Frage seit Jahren zwischen Stillstand und Alibi-Aktionen. Die Schublade mit der virtuellen Aufschrift: „Hier ruhen die Masterpläne“ muss endlich geöffnet und das Projekt in die Entwicklungsphase geschickt werden. Kernbestandteile sind unseres Erachtens eine Fußgängerzone, moderne Architektur und attraktive Platzgestaltung mit öffentlichen Gebäuden, wie Bibliothek im Zentrum, Frequenzbringer zur geschäftlichen Belegung, Schaufenster und Geschäftspassagen, Wohnraumangebot mit interessanter Gestaltung des öffentlichen Raumes, Zentrumspark der Generationen. Ein effektives Beteiligungsverfahren mit Projektentwickler muss endlich gestartet werden. Der derzeitige Zustand kann allerdings nur geändert werden, wenn auch konkrete finanzielle Maßnahmen mit den Plänen verbunden werden, die nicht den Zufälligkeiten der Budgeterstellung unterliegen. Fußgängerzone, Bibliothek und Zentrumspark – einst hoch gesteckte Ziele – besitzen derzeit jedenfalls nur noch undotierten Erinnerungswert, sodass die beiden zu begrüßenden gepflanzten Baumgruppen und der in Aussicht stehende neue freundliche Belag geradezu epochal anmuten. Es wäre auch denkbar, 50 % der von IKEA stammenden Kommunalsteuer sowie einen Teil des Grunderlöses mit einer Zweckbindung für die Entwicklung des Ortszentrums zu versehen – wie auch für den Campus Rotkreuz. Wir müssen weitere Ideen sammeln, sie in einer positiven Formel zusammenfassen, die parteipolitischen Bedenkenträger in ihrem Gedankengut belassen, damit der Weg für einen Neubeginn im Zentrum frei wird. Ein sehr erfreulicher Schritt in diese Richtung ist die ansprechende Gestaltung der neuen Rathauspassage.

Verkehrssituation in Lustenau – das gleichmäßige Autodorf

Die Verkehrssituation in unserer Gemeinde kann nach rund 40 Jahren nicht mehr durch geduldiges Warten, sondern nur mehr durch rasches Handeln und Verhandeln zwischen den unmittelbar Betroffenen einigermaßen verbessert werden. Es muss zur Verteilung der Verkehrslast, das heißt Auffächerung entlang der Grenze kommen und zwar wie es während der Brückensperre erstaunlich gut funktionierte. Formelle Gespräche mit den Wiener Zentralbehörden sind das eine und Verhandlungen mit unseren Nachbarn das andere und zugleich das aktuell wichtigere. Dazu brauchen wir keine Zurufe aus Dornbirn sondern Gespräche mit unseren Schweizer Nachbarn auf allen Ebenen. Die Bereitschaft zu diesen Gesprächen besteht, es gibt einen organisatorischen Rahmen, sie sind nicht gegen jemand gerichtet, sondern sie sind ergänzend zu allem was bisher geschehen oder leider nicht geschehen ist. Der Verein „Agglomeration Rheintal“, dem alle Rheintal-Gemeinden beiderseits des Rheins angehören, bietet dafür eine geeignete Plattform. Dort sollten auch die Fraktionen eingebunden sein und neben Projekten wie der Fahrradbrücke Au/ Lustenau, bedarf vor allem das Problem des motorisierten grenzüberschreitenden Verkehrs im Rheintal kurzfristiger Lösungen verschiedenster Art wie der Auffächerung, Mobilitätsveränderung, Schienenbevorzugung, Verkehrsspanne bei Mäder oder Diepoldsau, Öffnungszeiten der Zollämter etc. Beim Verkehrschaos Lustenau-Grenze sind alle Verantwortlichen, Land, Gemeinde, Bund, Gutachter, Verkehrspolitiker und alle andere Spezialisten zu spät gekommen, bestraft wird allerdings die Bevölkerung. Der verheerende Zeitfaktor bei der S-18 degradiert alle dort in einst ferner Zukunft fallenden Entscheidungen zu Möglichkeiten einer unbestimmbaren Realität, die der Bevölkerung in der Alltagsrealität nichts bringt. Man könnte sagen, die Verkehrspolitik ist durch ihr jahrzehntelanges Versagen aus der Zeit gefallen und die Bevölkerung wurde zurückgelassen.

Neue Wege gehen und alte Pfade verlassen

Von Robert Musil stammt der Satz, dass mit der Realität auch immer der Möglichkeitssinn verbunden sein müsse, denn die Realität könne immer auch anders sein, viel mehr als die pedantische und fantasielose Fixierung auf die momentane Situation. Diese Sicht der Welt ist heute aktueller denn je. Als Gemeindevertreter müssen auch wir uns um einige Probleme kümmern, die futuristisch klingen, aber in kürzerer Zeit als sich viele vorstellen, für unsere Jugend Gegenwart sein werden. Die entscheidende Frage wird sein, was kann Lustenau in Zukunft schaffen. Reicht uns der Status einer Wohnsitzgemeinde, in der ein ordentliches Schulwesen errichtet, in der Sport betrieben werden kann und der Geschäfts- und Handelsbereich auf das Notwendigste beschränkt bleiben soll? Genügt uns die Alltagsrealität, in der Straßen und Autos nicht bloß dazugehören, sondern das Ortsbild bestimmen und gleichzeitig wirtschaftliche Aktivitäten behindern bzw blockieren, mit einer Hypothek, die es seit Jahren verunmöglicht, das Zentrum des Orts den Menschen und ihren Bedürfnissen zu übergeben?

Lustenau braucht Möglichkeiten und Visionen

Jede Gemeinschaft braucht Impulse, neue Gedanken, realistische Überprüfungen und konstruktive Vorschläge. Aus unseren Tageszeitungen lesen wir täglich Schlagzeilen: Mäder schließt Schleichwege, prüft Varianten über Verordnungen zeitlicher Einfahrtverbote, plant Fahrradstraßen, um damit die Gemeindebürger vom Verkehr zu entlasten und Mobilitätsveränderungen zu erzielen, Götzis lockt mit Flanieren und Shoppen Am Garnmarkt, mit kultureller Vielfalt beim Junker -Jonas-Schlössle und in der Kulturbühne Ambach.

Dornbirn meldet – „die Stadt braucht Handel, die Fußgängerzone soll erweitert werden, es brauche mehr als 200 Meter zusätzliche Fußgängerzone, um Dornbirn weiterhin als attraktivste Einkaufsstadt im Rheintal zu halten“. Auf der Suche nach Antworten, warum dieses aktive, zum Teil mutige Gestalten gerade in Lustenau nicht so richtig in Gang kommen will, stößt man immer auf angebliche Unbeschränkbarkeit des Autoverkehrs. Solange dies so ist, kann eben der ganze Ort nicht gestaltet werden. Lustenau lebt offenbar mit dem Auto immer noch im Geist der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, immer und überall. Die PS-Mobilität, wie sie auf der Maria-Theresien-Straße über den Kirchplatz bis in die Kaiser-Franz-Josef-Straße gelebt und gefahren wird, ist nur noch ein Lehrbeispiel eines ins Absurde geratenen Systems, das in nicht allzu ferner Zeit sich selbst an die Wand fährt. Zukunftsgerichtete Planung sieht anders aus. In zentrumsnahen Gebieten muss die sanfte Mobilität ermöglicht und geschützt werden, muss dem öffentlichen Verkehr Vorrang zukommen. In der ganzen Gemeinde muss ein Netz an Wegen und Plätzen mit Erlebnischarakter und ohne motorisierten Verkehr der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Möglicherweise vermitteln die vorgesehenen Quartiersbetrachtungen den Eindruck einer Realität, an der einiges zu verbessern ist und die zum Nachdenken anregt, ob es nicht doch angebracht wäre, einiges neu zu denken.

Dynamik des Wirtschafts- und Verkehrsraumes erfordert Ausbau des Schienenverkehrs samt Straßenbahn

Der öffentliche Verkehr kann die auf uns zukommenden Verkehrsprobleme nur mit dem Ausbau des Schienenverkehrs lösen. Der Busverkehr steht vor zwei wesentlichen Problemen: In dem Maße, in dem sich der motorisierte Individualverkehr immer weiter ausweitet, wird es für den Bus immer enger und kostspieliger. Die Buslinie 50 von Gaißau über Lustenau nach Dornbirn ist ein aktuelles und auch budgetwirksames Beispiel. Um im Gewühl des Autoverkehrs Lustenau-Dornbirn und den Parallelschleifen der beiden Buslinien in Dornbirn den Fahrplan einhalten zu können, müssen die Fahrzeiten verlängert und gleichzeitig zwei neue Busse angeschafft werden. Von der Fahrstrecke des Busses nach Hohenems ganz zu schweigen. Im dichten Rheintal sind Ortsbusse für Verbindungen in den Gemeinden prädestiniert, für Verbindungen zwischen den Gemeinden ist die Schiene das geeignete öffentliche Verkehrsmittel. Zur Lösung der Verkehrsprobleme des immer weiter wachsenden Lebens- und Wirtschaftsraumes Unteres Rheintal kann nur die Forcierung des Schienenverkehrs – auch in Form einer Straßenbahn – einen wesentlichen Beitrag leisten. Ein wichtiger Schritt nach vorne ist zweifellos der Bahnhof Lustenau. Dort zeigt sich – trotz des derzeit herrschenden Bauzustandes – wie viele Personen mit entsprechendem Fahrkomfort in angenehm kurzer Fahrzeit und ohne Abgaswolke von A nach B gebracht werden können. Es gehört zu unserer Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen, dass wir schon heute über ökologisch nachhaltige und effiziente Verkehrsmittel nachdenken, die an die Stelle der umweltschädlichen Benzinmotorisierung treten müssen.

Zukunftsdialog Lustenau

Abwehrreflexe gegen die erforderliche Innovationsbereitschaft auf allen Gebieten bringen unsere Region nur noch ins Hintertreffen. Vielleicht könnte die Gemeinde am Ende des Schuljahres die interessierten Schülerinnen und Schüler unserer Gemeinde zu einer kleinen Denkfabrik Lustenau einladen, in der alle, auch die angeblich undurchführbaren Ideen diskutiert und erörtert werden – analog zu 4.0 im Bereich Industrie.

Meine Damen und Herren!

Mit diesem Blick in eine heute möglicherweise noch als utopisch erscheinende Zukunft möchte ich schließen. Die SPÖ-Fraktion wird dem Budget 2017 zustimmen. Es wahrt grundsätzlich die finanzielle Stabilität bei einem hohen Investitionsvolumen, das auch Mittel – wenn auch noch ziemlich karg – für ein modernes Ortszentrum enthält. Allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern danken wir sehr herzlich für ihren Einsatz für Familie, Beruf und Gemeinschaft, sowie Mag. Klaus Bösch für die Aufbereitung des umfangreichen Zahlenmaterials. Ich wünsche auch allen Mitgliedern dieses Hauses besinnliche Feiertage und einen friedlichen Ausklang des Jahres verbunden mit einem optimistischen Blick in die Zukunft und danke für Ihre Aufmerksamkeit.“

Gemeindevertreterin Ayse Tekelioglu trägt namens der Liste **Tekelioglu** nachstehenden Generaldebattenbeitrag zum Voranschlag 2017 vor:

„Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Gemeindevertretung,

der vorliegende Voranschlag für das Jahr 2017 hat wie auch bereits in der Mittelfristigen Finanzplanung besprochen, sehr wenig Spielraum.

Die Mittel werden immer knapper, die Projekte immer umfangreicher. Man rechnet mit einer Investitionssumme von € 17,5 Mio für das Jahr 2017. Davon fallen allein für das neue Feuerwehrhaus € 5,5 Mio an.

Es ist schwierig sich bei Projekten an die zugewiesenen Budgetwerte zu halten. Daher müssen wir gut kalkulieren, die Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit der Projekte mehrmals in Frage stellen, also gut überlegen. Es werden öffentliche Gelder in die Hand genommen. Die Bürger haben viele Wünsche, jedoch haben Sie oft nicht die Einsicht – in diese komplizierte Materie, wie zum Beispiel, das Budget oder der Mittelfristige Finanzplan. Salopp gesagt – man glaubt die Gemeinde habe sehr viel Geld. Dem ist nicht so.

Bei knappen frei verfügbaren Mitteln wie „jetzt“ müssen die Kriterien der Dringlichkeit und Notwendigkeit von Ausgaben in den Vordergrund rücken. Wir würden uns auch Wünschen, dass „mehr Mittel“ für Bildung, für einen möglichen kostenlosen Kindergartenzugang und attraktivere Gestaltung des Zentrums zur Verfügung gestellt werden könnten.

Wir hoffen auf eine effektive Einsetzung der Budgetmittel für das kommende Jahr 2017 und erteilen dem Budget unsere Zustimmung.“

Vizebürgermeister Walter Natter trägt namens der **ÖVP Lustenau** nachstehenden Generaldebattenbeitrag zum Voranschlag 2017 vor:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Werte Gemeindevorstandkolleginnen und -kollegen!
Geschätzte Damen und Herren der Gemeindevertretung!
Liebe Mitbürger und Mitbürgerinnen!

Wir investieren in die Zukunft und die Menschen von Lustenau.

Eingangs möchte ich an dieser Stelle all jenen danken, die sich in unserer Gemeinde für die Gemeinschaft engagieren, und das sind viele, und die so wertvolle ehrenamtliche Leistungen in unserer Gesellschaft erbringen.

Wir können heute einen Voranschlag vorlegen, der viele positive Vorhaben für unsere Gemeinde beinhaltet. Die Entstehung des großen Zahlenwerks, wie es ein Budget mit € 83 Mio darstellt, ist ein Prozess mit vielen Beteiligten. Ich darf heute das Ergebnis der Verhandlungen, den Entwurf des Voranschlags der Marktgemeinde Lustenau für das Jahr 2017 aus der Sicht unserer Fraktion der Lustenauer Volkspartei kommentieren.

Mit Stichtag 30. September 2016 leben in unserer Gemeinde 23.420 Menschen. Mit langfristigen Überlegungen und Konzepten achten wir darauf, dass Lustenau sich nachhaltig, lebenswert, vielfältig, dynamisch und ausgewogen entwickelt. Mit dem heute vorgelegten Budget wollen wir dieses Umfeld und die Lebensqualität aller Lustenauer im kommenden Jahr noch weiter ausbauen.

Mit rund € 83 Mio, als größte Gemeinde in Vorarlberg, verzeichnen wir das mit Abstand höchste Budgetvolumen aller Gemeinden. Lustenau entwickelt sich wirtschaftlich und bevölkerungsmäßig nach wie vor positiv, damit steigt auch die Marke Lustenaus in unserem näheren Umfeld. Die Verantwortung, die uns als größte Gemeinde des Landes zukommt, tragen wir sehr gerne und beteiligen uns entsprechend aktiv an der allgemeinen Kreativität und somit der Gestaltung dieses Lebensraums, sei es in der Mobilität, Sicherheit, Gemeindeentwicklung, Gesundheit und Soziales. Wir wollen miteinander gestalten und damit die Lebenssituationen unserer Einwohner laufend verbessern. Wir verbessern und entwickeln unsere Kommune mit und vor allem für die Lustenauer. Die Verbesserung und laufende Instandhaltung und Pflege der kommunalen Strukturen, sind unbedingt notwendig, wenn wir Lustenau zukunfts- und somit enkeltauglich erhalten und gestalten wollen. Für die gesellschaftliche Entwicklung Lustenaus sind vor allem die Investitionen in die Lebensqualität und damit in die Menschen entscheidend.

Die maßgeblichen Zahlen für das Budget 2017 unserer Gemeinde sind:

Die Budgetsumme von € 83.207.000,-, Investitionen in Höhe von € 17.492.800,-, Kauf von Vermögen über € 5.980.000,-, Einnahmen aus Ertragsanteile in Höhe von € 26.609.300,-, Einnahmen aus eigenen Steuern von € 8.093.000,-, und die Gesamtverschuldung von € 67.838.400,-. Die Investitionssumme von € 17,4 Mio ist beachtlich, Tag für Tag gehen fast € 50.000,- in die Wirtschaft, somit gehört unsere Gemeinde zu den größeren Auftraggebern unserer Betriebe. Mehr als € 83 Mio werden von unserer Gemeinde im Jahr 2017 bewegt und umgesetzt.

Mit Berücksichtigung aller Vermögenswerte aus den Grundstücksgeschäften und bei einem Budgetvolumen von rund € 83 Mio, ist die Verschuldung der Marktgemeinde Lustenau durchaus vertretbar, es wird aber eine sehr große Herausforderung in „Bezug“ auf den Schweizer Franken dieses Ausmaß in einem vernünftigen Niveau halten zu können. Der Zeitpunkt für den Ausstieg aus dem Schweizer Franken ist meiner Meinung nach gekommen. Der internationale Druck auf den Schweizer Franken steigt stetig an und es ist eine reine Frage der Zeit bis dieser nochmals gegenüber dem Euro erstarkt.

Eine sparsame Verwaltung und die größtenteils gute Auslastung der Lustenauer Betriebe wirken sich sehr positiv auf den Voranschlag aus.

Personalsteigerungen gibt es im Bereich der Kinder- und Schülerbetreuung, der Personalstand in der Verwaltung, trotz vermehrter Aufgaben, bleibt seit Jahren gleich.

Ein Voranschlag ist viel mehr als eine Übersicht von Ein- und Ausgaben. Entscheidend ist, was sich hinter den vielen Positionen befindet, welche Aufgaben, Ziele und Auswirkungen damit angestrebt werden. Letztlich handelt es sich beim Voranschlag 2017 um die Planung von Projekten, Dienstleistungen und Entscheidungen. Jeder Schritt, vor allem aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Administration, die diese umsetzen und betreuen, tragen zur aktuellen Entwicklung unserer Kommune bei. Dabei ist es entscheidend, dass wir die Ziele für unsere Gemeinde im Auge behalten, und die Marke „Lustenau“ als Gesamtes erfassen.

Vor rund 20-30 Jahren hatte Lustenau durch die „langsame“ Abwanderung der Stickerei- und Textilindustrie einen Strukturwandel zu verkraften. Innerhalb weniger Jahre mussten zahlreiche Betriebe und somit Arbeitsplätze ersetzt werden. Die Verantwortlichen der Gemeinde haben größten Teils richtig agiert und reagiert und somit wirtschaftspolitische Maßnahmen gesetzt. Hohe Wertschöpfung und die positive wirtschaftliche Entwicklung, sind der entscheidende Faktor für die Zukunft Lustenaus. Die Gemeinde investiert in die Heitere und somit können dadurch bedeutende Flächen den Betrieben und Unternehmern in naher Zukunft zur Verfügung gestellt werden.

Das Thema leistbares Wohnen, wird eine der schwierigsten Aufgaben bleiben. Das besondere an Lustenau liegt vor allem in seiner ausgewogenen Balance zwischen wirtschaftlicher Kraft und den Standortfaktoren wie Wohnqualität, Sport, Kultur und Freizeit. Dieses Image von Lustenau, führt zu einer ausgesprochen „besonderen“ Lebensqualität. Es ist unser aller Auftrag, diese Ausgeglichenheit auch in Zukunft zu erhalten. Vor allem gehört dazu auch ein verantwortungsvoller Respekt und Umgang mit unserer Natur. Seit vielen Jahren wird die Umweltarbeit in Lustenau konsequent umgesetzt. Eine besondere Aufgabe und neue Akzente werden durch die Bücherei gesetzt. Die vielen Kulturvereine und -initiativen tragen viel zu den Zielen der Lustenauer Kulturarbeit bei. Die Qualität einer Gemeinde wird durch ihre Strukturen erkenntlich gemacht. Bauliche und architektonische Akzente vermitteln den Einwohnern, die Lustenau täglich „konsumieren“, dieses besondere Ambiente.

Kommunale Gebäude spielen im Budget 2017 eine besondere Rolle. Vor wenigen Wochen konnten wir mit der „ersten Etappe“ der Volksschule Rheindorf den wichtigsten Schritt der Bauarbeiten starten, bis zum Ende der Semesterferien werden die Lehrerinnen und Lehrer den neuen Zubau beziehen können. Ein weiterer wesentlicher Schritt in die richtige Richtung, wird der Architektur Wettbewerb zum neuen Kindergarten im Ortsteil Hasenfeld bilden. Die Gemeinde Lustenau ist seit Jahren bemüht, den stetig steigenden Bedarf an Kleinkinderbetreuungsplätzen abzudecken und hat hier gemeinsam mit privaten Anbietern neue Gruppen und Standorte geschaffen.

Funktionierende Strukturen zur Sicherheit sind ein Fundament unserer Gemeinde. Dazu zählen vollziehbare gesetzliche Grundlagen als auch vorhandene Sicherheitseinrichtungen, die bei Bedarf vor Ort sind und professionelle Hilfestellung bieten. Die Freiwillige Feuerwehr Lustenau ist eine maßgebliche Sicherheitseinrichtung unserer Gemeinde. Das Aufgabenspektrum ist umfassend und entsprechend wichtig sind Motivation und die technische Ausstattung für die vielen freiwilligen Mitglieder unserer Wehr. Die Feuerwehr spielt eine wichtige Rolle bei der Vorsorge für Krisen- und Katastrophenereignisse.

Die Aufrechterhaltung der allgemeinen Ordnung und Sicherheit hat einen besonderen Stellenwert und ist ein wichtiger Gradmesser. Die Zusammenarbeit zwischen Bundespolizei und Gemeindepolizei leistet einen nicht unwesentlichen Beitrag.

Unser Zusammenleben erfordert gegenseitigen Respekt und Akzeptanz. Veränderungen im Großen – zeigen Auswirkungen auch im Kleinen. Dazu gehören Flüchtlinge, Armut und eine zunehmende soziale Ungleichheit, die Gruppen entstehen lässt. Große Herausforderungen für das Zusammenleben kommen auf uns und die Bewohner Lustenaus zu. Mit Familiennachzug der Flüchtlinge mit Bleiberecht ist zu rechnen. Dies erfordert Unterkünfte für Asylwerber und Wohnraum für Flüchtlinge. Die Herausforderung ist, eine Kultur des Miteinanders zu schaffen und die Sicherheit in der Gemeinde zu sichern. Dazu gehören Integration in die Arbeitswelt, der Spracherwerb und die Vermittlung unserer Kultur. Die multikulturelle Gesellschaft kann und muss voneinander profitieren. Hilfe und Unterstützung setzt allerdings die Zusammenarbeit ALLER und darüber hinaus die Solidarität der gesamten EU voraus. Auf diese Unterstützung dürfen wir nicht nur vertrauen, wir müssen sie auch einfordern, denn allein können wir diese Aufgabe nicht bewältigen.

Eine der wichtigsten Aufgaben ist die Schere zwischen Arm und Reich, die laufend größer wird, einzubremsen. Besonders gefährdet sind neben arbeitssuchenden Mitmenschen und deren Kindern auch Einwohner, die im Arbeitsprozess stehen, so genannte „Working Poor“ Arbeiter. Die Kosten des Sozialfonds steigen seit Jahren auffällig, leistbare Wohnungen werden knapp. Dies erfordert eine entsprechende Zusammenarbeit und Vernetzung aller Einrichtungen im Sozialbereich.

Geschätzte Gemeindevertretung!

Der Voranschlag für das Jahr 2017 ist positiv ausgefallen, wofür ich mich bei allen Beteiligten herzlich bedanken möchte. Mit einem freien Budget von über € 83 Mio bewegen wir uns im Spitzenfeld der Vorarlberger Städte und Kommunen.

Herzlichen Dank den Vertretern der Fraktionen, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, der Personalvertretung und speziellen Dank an Mag. Klaus Bösch, bei dem alle budgetrelevanten Informationen zusammenlaufen und die in einigen Runden und intensiven Gesprächen zur Entstehung dieses Zahlenwerks einen wichtigen Beitrag geleistet haben. An dieser Stelle darf ich abschließend auch der Lustenauer Bevölkerung für ihre Steuerleistung danken, ohne der dieser Voranschlag der Gemeinde Lustenau nicht vollziehbar wäre. Ich wünsche ihnen allen gemütliche und frohe Weihnachten und einen guten Rutsch ins 2017.
Herzlichen Dank!"

Abschließend wird über **Antrag** des Vorsitzenden der nachstehende **Voranschlag 2017 mehrstimmig beschlossen** (Stimmverhältnis 30 : 6):

Einnahmen der Erfolgsgebarung	€	64.035.800,00
Einnahmen der Vermögensgebarung	€	<u>19.171.200,00</u>
Gesamteinnahmen der Haushaltsgebarung	€	83.207.000,00
		=====
Ausgaben der Erfolgsgebarung	€	55.388.700,00
Ausgaben der Vermögensgebarung	€	<u>27.818.300,00</u>
Gesamtausgaben der Haushaltsgebarung	€	83.207.000,00
		=====

3. GRUNDSTÜCKSANGELEGENHEITEN

Der Vorsitzende erklärt zu Beginn der Sitzung, dass der Antrag „Kauf der Liegenschaft Gst-Nr 5665 im Betriebsgebiet Heitere“ in die nichtöffentliche Sitzung gehört und er später darüber abstimmen lässt.

- a) Nach kurzer Erläuterung durch den Vorsitzenden wird über dessen **Antrag** einstimmig beschlossen:

Die Marktgemeinde Lustenau räumt der Alpenländischen Heimstätte, gemeinnützige Siedlungsgesellschaft m.b.H., Viktor-Dankl-Straße 6, 6020 Innsbruck, die Dienstbarkeit des uneingeschränkten Geh- und Fahrrechts über eine Teilfläche der gemeindeeigenen Liegenschaft Gst-Nr 6770/2 zur Erschließung einer Wohnanlage für gemeinnütziges Wohnen auf der Liegenschaft Gst-Nr 1134 – Bahnhofstraße 3 – ein. Die Einräumung der Dienstbarkeit erfolgt kostenlos. Die Kosten der Vertragserrichtung gehen zu Lasten der Antragstellerin.

- b) Nach kurzer Diskussion wird über **Antrag** des Vorsitzenden einstimmig beschlossen:

Die Marktgemeinde Lustenau räumt der Wohnbauselbsthilfe Vorarlberger gemeinnützige registrierte Genossenschaft mit beschränkter Haftung, Broßwaldenstraße 14, 6900 Bregenz, auf der gemeindeeigenen Liegenschaft Gst-Nr 83/1 – Pfarrweg – ein Baurecht zur Umsetzung eines Projekts für betreutes und gemeinnütziges Wohnen ein. Die Liegenschaft Gst-Nr 83/1 hat eine Fläche von 1.458 m². Der Grundpreis pro m² beträgt € 520,- pro m². Der Baurechtzinssatz wird mit 3,0 % über dem Basiszinssatz festgesetzt. Der Basiszinssatz beträgt derzeit - 0,12 % und wird von der Österreichischen Nationalbank bekanntgegeben. Der jährliche Bauzins beträgt somit € 21.835,-. Für die Ermittlung des Bauzinses wird eine Baunutzungszahl von 70 als Basis herangezogen. Beträgt die Baunutzung tatsächlich 80, so errechnet sich der Bauzins mit € 758.160,- x 80/70. Somit erhöht sich die Berechnungsbasis auf € 866.469,-. Beträgt die Baunutzungszahl 60, so verringert sich die Bemessungsgrundlage auf € 649.851,- (€ 758.160,- x 60/70). Die Laufzeit des Baurechts wird mit 70 Jahren festgesetzt.

Folgende Eckpunkte sind im Baurechtsvertrag festzuhalten:

- Der Bauberechtigte darf aufgrund des Baurechts auf der gemeindeeigenen Liegenschaft Gst-Nr 83/1 ein Wohngebäude für betreutes und gemeinnütziges Wohnen errichten. Die Errichtung anderer Gebäude oder Anlagen bedürfen der Zustimmung der Marktgemeinde Lustenau.
- Dem Bauberechtigten ist es nicht gestattet, das Baurecht oder sonstige Rechte aus diesem Baurechtsvertrag ohne Zustimmung der MG Lustenau an Dritte zu übertragen.
- Der Baurechtszins wird als Reallast an dem eingeräumten Baurecht gesichert.
- Der Bauberechtigte wird verpflichtet, dass er die Gebäude während der gesamten Dauer des Baurechts auf eigene Kosten angemessen gegen Elementarschäden versichert. Ebenso hat er eine angemessene Grund- und Gebäudehaftpflichtversicherung abzuschließen.
- Dem Bauberechtigten wird ein grundbücherlich gesichertes Vorkaufsrecht für die Dauer des Baurechtsvertrags für die Liegenschaft Gst-Nr 83/1 eingeräumt. Der Marktgemeinde Lustenau wird in der Baurechtseinlage ein Vorkaufsrecht für alle Veräußerungsarten eingeräumt.
- Der Bauberechtigte verpflichtet sich, die notwendigen Investitionen in die Gebäudesubstanz bis zum Ende der Vertragslaufzeit durchzuführen.
- Bei Erlöschen des Baurechts durch Zeitablauf fällt das Bauwerk an den Baurechtsgeber.
- Die Baurechtsgeberin gibt der Baurechtsnehmerin zehn Jahre vor Ende der Vertragsdauer bekannt, ob sie daran interessiert ist, dass die Bestandverhältnisse im Baurechtsobjekt über die Baurechtsdauer hinaus andauern. Erklärt die Baurechtsgeberin, dass sie zum Ende der Vertragsdauer ein bestandfreies Objekt bevorzugt, wird die Baurechtsnehmerin im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten alles unternehmen, um diesen Zustand zu erreichen. Die Baurechtsnehmerin ist aber nicht verpflichtet, zur Erreichung dieses Zwecks Leerstände in Kauf zu nehmen.

c) Über Antrag des Vorsitzenden wird einstimmig beschlossen:

Die Marktgemeinde Lustenau verpachtet die Open-Air Fläche zwischen der Schmitterstraße und der Liegewiese am Alten Rhein an Stefan Fitz, Hofsteigstraße 60, Lustenau für das Bewirtschaftungsjahr 2017. Die Gesamtfläche beträgt ungefähr 6,48 Hektar. Da die Fläche jedoch nur zeitlich eingeschränkt nutzbar bzw. der westliche Teil nur erschwert zu bewirtschaften ist, beträgt der Pachtzins für 2017 € 447,72 (inkl. Mehrwertsteuer). Dies entspricht 50 % des Jahrespachtzinses für die östliche Fläche laut beigelegtem Lageplan.

d) Nach kurzer Erläuterung wird über Antrag des Vorsitzenden einstimmig beschlossen:

1. Die Marktgemeinde Lustenau untervermietet im Objekt Schützengartenstraße 10, Lustenau (Projekt „Gemeinschaftliches Wohnen“), eine Fläche mit 224,17 m² und ein Kellerabteil an Herrn Dr. Martin Grabher (Ärztepraxis Dr. Diem – Dr. Grabher), Schützengartenstraße 10, Lustenau, für den Betrieb einer Arztpraxis. Das Vertragsverhältnis beginnt am 01. Jänner 2017 und wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Der mo-

natliche Gesamtmietzins beträgt € 3.548,28. Im Mietzins enthalten sind die vereinbarte Hauptmiete, der Mietzins für das Inventar, der Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrag, Verwaltungskosten, Wasserkosten, den auf das Bestandsobjekt entfallenden Anteil an Betriebskosten und öffentlichen Abgaben, Warmwasserkosten und Heizkosten. Allen anderen anfallenden Betriebskosten werden direkt vom Untermieter getragen.

2. Die Marktgemeinde Lustenau untervermietet im Objekt Schützengarten 10, Lustenau (Projekt „Gemeinschaftliches Wohnen“), eine Fläche mit 147,70 m² und ein Kellerabteil an Frau Susanne Hagen (Physiotherapie Hagen), Schützengartenstraße 10, Lustenau, für den Betrieb einer Praxis für Physiotherapie. Das Vertragsverhältnis beginnt am 01. Jänner 2017 und wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Der monatliche Gesamtmietzins beträgt € 2.295,64. Im Mietzins enthalten sind die vereinbarte Hauptmiete, der Mietzins für das Inventar, der Erhaltungs- und Verbesserungsbeitrag, Verwaltungskosten, Wasserkosten, den auf das Bestandsobjekt entfallenden Anteil an Betriebskosten und öffentlichen Abgaben, Warmwasserkosten und Heizkosten. Allen anderen anfallenden Betriebskosten werden direkt von der Untermieterin getragen.
- e) Der Vorsitzende stellt sodann den **Antrag** den unter diesem Tagesordnungspunkt vorliegenden Antrage „Kauf der Liegenschaft Gst-Nr 5665 im Betriebsgebiet Heitere“ aufgrund des wirtschaftlichen Interesses auf Geheimhaltung der Beratung und Beschlussfassung, in die nichtöffentliche Sitzung der Gemeindevertretung zu verweisen. Der Vorsitzende lässt sodann über den Antrag abstimmen und stellt **einstimmige Annahme** fest.

4. UMGEBUNGSGESTALTUNG VOLKSSCHULE RHEINDORF

Nach eingehender Erläuterung wird über **Antrag** des Vorsitzenden einstimmig beschlossen:

Die Gemeindevertretung beschließt die Freigabe des Bauprojektes „Umgebungsgestaltung Volksschule Rheindorf“, auf Basis der vorliegenden Kostenberechnungsgrundlage.

5. ÄNDERUNG DES FLÄCHENWIDMUNGSPLANES

Die unter diesem Tagesordnungspunkt beschlossene Verordnung betreffend die Gst-Nr 4198/4, KG Lustenau, wird gesondert kundgemacht.

6. GRUNDLAGEN FÜR EINE FUNDIERTE ENTSCHEIDUNG ÜBER DIE ANSIEDLUNG VON IKEA IN LUSTENAU

Nach kurzer Erläuterung stellt Gemeindevertreter Bernd Bösch für die Grünen Fraktion folgenden **Antrag**:

„Die Gemeindevertretung möge beschließen:

- 1) Die Marktgemeinde Lustenau beauftragt ein renommiertes, unabhängiges Verkehrsplanungsbüro (das bisher nicht mit dem gegenständlichen Projekt befasst war) mit der Erhebung, der durch die Ansiedlung des Einrichtungshauses IKEA beim Milleniumpark induzierten PKW- und LKW-Verkehrsströme, grenzüberschreitende und innerhalb des Landes. Besonders die Auswirkungen auf das gesamte Straßennetz unserer Gemeinde sind hinsichtlich Schleichverkehr und Ausweichrouten zu erheben.

Der Wortlaut des Auftrages und die Auswahl des Büros werden im Gemeindevorstand im Konsens spätestens Ende Jänner 2017 festgelegt. In der Erhebung müssen insbesondere folgende Szenarios in ihrer spezifischen Wirkung auf das Straßenverkehrsaufkommen und die Verkehrsführung berücksichtigt werden:

- der Wechselkurs zwischen Euro und Schweizer Franken bleibt auf dem momentanen Stand;
- der IKEA-Standort in St. Gallen wird geschlossen;
- die mautpflichtige Verbindung zwischen den Autobahnen im Rheintal in der Variante CP wird gebaut;
- die mautpflichtige Verbindung zwischen den Autobahnen im Rheintal in der Variante Z wird gebaut;
- es gibt (noch) keine mautpflichtige Verbindung zwischen den Autobahnen im Rheintal. Innerhalb der genannten und allfälligen weiteren Szenarios soll das beauftragte Büro Maßnahmen zur Reduktion des Straßenverkehrs – zum Beispiel durch Push- und Pull-Maßnahmen oder durch Mobilitätsmanagement – empfehlen.

- 2) Die Marktgemeinde Lustenau beauftragt ein renommiertes Büro zur Standort-/Regionalentwicklung mit einer detaillierten Erhebung der wirtschaftlichen Auswirkungen einer möglichen Ansiedlung von IKEA. Dabei soll insbesondere untersucht werden, wie sich die bei IKEA wirksam werdende Kaufkraft auf die Wertschöpfung im Ort und in der Region Rheintal auswirkt.“

Der Vorsitzende erklärt dazu, dass in einem gemeinsamen, intensiven Planungsprozess zwischen den Abteilungen Wirtschaft und Straßenbau des Landes und der Planungs- und Tiefbauabteilung der Marktgemeinde Lustenau zur Verkehrserschließung der Betriebsgebiete Heitere und Millennium Park in Zusammenarbeit mit einem renommierten Planungsbüro sämtliche relevanten Planfälle analysiert und konkrete Maßnahmen geplant werden, insbesondere für die zentralen Erschließungsachsen und –knoten. Die Untersuchungen dienen unter anderem als Grundlage für die Bearbeitung der Anregung auf Änderung des Landesraumplans, die von der Lustenauer Gemeindevertretung einstimmig beschlossen wurde. Schon im Jänner sollen wichtige Ergebnisse vorliegen, führt der Vorsitzende weiter aus. Die zentralen Fragestellungen bezüglich Gemeindestraßen (Auswirkungen auf das gesamte Netz, Schleichverkehr, Ausweichrouten) werden im Rahmen des Straßen- und Wegekonzeptes geprüft und falls notwendig auch entsprechende Maßnahmen erarbeitet.

Parallel dazu werde vom Land Vorarlberg, wie vom Vorsitzenden selbst, im Rahmen der Vision Rheintal gefordert, im Zuge des EKZ-Landesraumplanverfahrens für Lustenau, ein renommiertes Standortentwicklungsbüro zu beauftragen, eine detaillierte handelswissenschaftliche/regionalwirtschaftliche Studie über die Auswirkungen der beantragten Änderung des EKZ-Landesraumplanes LGBl-Nr. 6/2000 zu erstellen - vor allem im Hinblick auf eine mögliche Realisierung eines IKEA Einrichtungshauses. Der Vorsitzende stellt daher folgenden **Alternativantrag**:

„Die Gemeindevertretung möge beschließen:

Ausgehend von den Verkehrsuntersuchungen und Planungen des Landes im Rahmen des EKZ-Landesraumplanverfahrens, LGBl-Nr. 6/2000, sollen in der weiteren Erarbeitung des Straßen- und Wegekonzepts die Auswirkungen einer IKEA-Ansiedlung in Lustenau auf das Gemeindestraßennetz untersucht werden, insbesondere hinsichtlich Schleichverkehr und Ausweichrouten, mit dem Ziel, falls erforderlich, wirksame Gegenmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen.“

Nach eingehender Diskussion wird sowohl der Antrag von Gemeindevertreter Bernd Bösch, wie auch der Antrag des Vorsitzenden, im Hinblick auf die bevorstehenden Ergebnisse des erwähnten Planungsprozess im Jänner 2017, **z u r ü c k g e s t e l l t**.


Bürgermeister Dr. Kurt Fischer

